



Protest in Richtung Brandenburger Tor und Regierung.

HERAUS ZUM 1. MAI

**„Nichts ist gut so – schon
gar nicht in Berlin!
Gemeinsam gestalten nur
mit uns!“**

10 Uhr: Demonstration vom
Brandenburger Tor
zum Roten Rathaus

10.30 bis 11.15 Uhr:
Motorradcorso

11.30 Uhr: Kundgebung am
Roten Rathaus, es sprechen:
Bernd Rissmann (DGB Berlin-
Brandenburg), Michael Som-
mer (DGB-Vorsitzender) und
Tony Janssen (Europäischer
Metallgewerkschaftsbund)

ab 13 Uhr:
Maifest mit Kinderprogramm

Treffpunkt Fachbereich 8:
10 Uhr, Platz vor dem Branden-
burger Tor (Beginn Str. d. 17.
Juni), Reichstagsseite

250 000 WAREN EINIG: SOZIALABBAU IST MIST

Eine Viertelmillion Menschen – Gewerkschaftsmitglieder, Vertreter und Sympathisanten von Sozialverbänden und attac, aber auch Mitglieder der Regierungsparteien und der PDS – junge Leute, Familien, Rentner, Auszu-

Bundesländern, alle übten sich im „Aufstehen, damit es endlich besser wird!“. Dass der von der Abschlusskundgebung ausgesandte hundertausendfache Ruf nach mehr sozialer Gerechtigkeit nicht ohne Folgen verhallt, dafür wollen der DGB und die Mitinitiatoren weiter sorgen.

Als „klares Signal an die Herrschenden in Parteien und Wirtschaft, dass Schluss sein muss mit einer Politik, die der Masse der Bevölkerung schadet und die Reichen immer reicher und das Kapital und seine Manager immer dreister werden lässt“ bezeichnete DGB-Chef Michael Sommer den europaweiten Aktionstag. Er wies in seiner Rede darauf hin, dass an diesem ersten Aprilwochenende auch in Rom, Bratislava und Lubljana, in

50 französischen Städten, in allen Ländern der Europäischen Union von Spanien bis Schweden und von Großbritannien bis Griechenland unter dem gleichen Motto demonstriert wurde. Es gäbe genug Anlass zum

Protest. In Großbritannien soll die Lebensarbeitszeit auf 70 Jahre erhöht, in den Niederlanden Löhne eingefroren und Vorruhestandsregelungen verschlechtert werden. Frankreich senkt Lohnersatzleistungen, Italien höhlt den Kündigungsschutz aus und Finnland kürzt beim Arbeitslosengeld. In Berlin,

**Genug Anlass für
gemeinsamen Protest**

**Sozial ausgewogene
Alternative**

bildende, Erwerbstätige und Arbeitslose kamen zum Europäischen Aktionstag am 3. April zum Brandenburger Tor, um gemeinsam gegen Sozialabbau zu protestieren. Nicht nur Berliner, auch mit Bussen angereiste Gewerkschaftsmitglieder aus Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und den neuen

Köln und Stuttgart wurde gegen die Agenda 2010 protestiert. Es sei höchste Zeit, dass „die Sozialdemokraten endlich tun, wofür sie bei den Wählern um die Stimme gebeten haben“, nämlich „sozialen Ausgleich, Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, Respektierung der Arbeitnehmerrechte und Schutz für die Schwachen in unserer Gesellschaft“.

Der Protest sei, so Sommer nach dem Aktionswochenende, „aus der Mitte der Gesellschaft“ gekommen und sei unüberhörbar. Vorwürfe, dass von den Demonstranten nur Kritik, aber keine Vorschläge gekommen seien, wiesen die Gewerkschaften energisch zurück. Der DGB verwies auf seine seit längerem vorliegenden „Reformanstöße“, die eine sozial ausgewogene Alternative zur etablierten Politik böten (www.dgb.de). Der Aufruf von Arbeitgeberpräsident Hundt, die Mitglieder sollten wegen der Massenproteste gegen ihre Gewerkschaften aufstehen, kritisierte der DGB-Vorsitzende als „Realitätsverlust“. **neh**

Empörung bei denen, die nicht gestreikt haben – Enttäuschung bei vielen Streikenden. So könnte man das Ergebnis der vergangenen Tarifrunde für Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen zusammenfassen. Dazu gehört ein kritischer Blick hinter die Kulissen.

Während die Verleger über fast fünf Jahrzehnte satte Gewinne erwirtschafteten, gehen seit 2001 die Anzeigenerlöse besonders in den Rubrikenmärkten zurück. Controller beherrschen immer mehr die Betriebe. Sparen, was das Zeug hält, ist die Devise. Darunter leiden Redakteure und Verlagsangestellte durch ständige Mehrbelastung, und die Leser, weil eben auch die Qualität sinkt. Trotzdem werden – bis auf einige Ausnahmen – doch Gewinne gemacht. Und im In- und Ausland expandieren die Verlage.

Die Tarifwirklichkeit ist rauer geworden, ob bei Druckern, Verlagsangestellten oder Redakteuren. Verleger treten aus den Arbeitgeberverbänden aus, Ausgliederungen sind an der Tagesordnung, Haustarifverträge werden nur noch mit Mühe und unter großen Abstrichen abgeschlossen, und der Druck auf die Arbeitnehmer wächst weiter. Die Verleger nutzen dazu auch die allgemeine wirtschaftliche und

vor allem politische Situation gnadenlos aus.

Angst um den Arbeitsplatz herrscht auch in Redaktionen immer mehr vor. Feste und Freie werden gegeneinander ausgespielt, Redakteure gegen Redakteure. Gerade in Berlin und Bran-

lungszentren wie Hamburg, Rheinland oder München, fast nichts von den Arbeitskämpfen zu spüren.

Aber darf uns das sprachlos machen gegenüber den Verlegerforderungen? Ich meine: Nein. Es genügt nicht, über Tarifaufeinander-

AUF EIN WORT

RAUS AUS DER ROLLE DER BEOBACHTER!



Foto: transitiv, Polentz

RENATE GENSCH, BETRIEBSRATSVORSITZENDE BERLINER VERLAG, MITGLIED DER BUNDESTARIFKOMMISSION REDAKTEURE

denburg war dies deutlich zu merken. Bis auf den Springer-Verlag ist niemand mehr im Zeitungsverlegerverband, es gibt Haustarifverträge oder gar keine Tarifverträge – wie seit 1996 bei den Redakteuren des „Tagesspiegel“. Deshalb war in der Hauptstadtregion, auch in anderen Bal-

dersetzungen in anderen Branchen zu schreiben, die Gewerkschaften als „ewig Gestrige“ zu beschimpfen. Raus aus der Rolle der Beobachter, rein in die Rolle der Beteiligten! Redakteure müssen sich mit ihren Rechten und Pflichten aus den Tarifverträgen beschäftigen und dafür notfalls

auch auf die Straße gehen. Das kann kein anderer für sie tun.

Gut 3000 Journalistinnen und Journalisten haben bei der vergangenen Tarifrunde vier Wochen gegen die überzogenen Verlegerforderungen gestreikt und zumindest das Schlimmste verhindert. Besonders die Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen/Bremen haben mir ganz persönlich mit ihren tollen Aktionen imponiert. Sie haben genauso wie Zeitungsmacher aus Schleswig-Holstein, Saarbrücken, NRW, Bayern oder Baden-Württemberg gegen die Verschlechterungen im Manteltarif- und Gehaltstarifvertrag gekämpft. Aber das ist eben nicht genug – bei fast 10.000 in dju/ver.di und DJV organisierten Tageszeitungsredakteuren.

Die nächste Verhandlungsrunde kommt und wird bestimmt nicht gemütlicher. Eher im Gegenteil, denn die Verleger wollen erneut an die Berufsjahresstaffel ran. Die war 1997 um die letzten beiden Stufen gekappt worden, so dass im 15. bis 19. Berufsjahr Schluss ist. Die meisten Kolleginnen und Kollegen sind inzwischen dort angelangt – der Spareffekt ist also schon eingetreten. Junge Kollegen haben keine Chance mehr, je dort zu landen. Wer weitere Einschnitte verhindern will, muss sich eingieren.

BUCHTIPP

FENSTER ZUR WELT

CH. LINKS 2003

Reisen ins westliche Ausland war für die meisten DDR-Bürger nur im Kopf möglich. „In der hermetisch abgeschlossenen DDR ermöglichten die Bücher von ‚Volk und Welt‘ für viele Menschen eine Öffnung des Horizontes, einen Blick in andere Kulturen“, heißt es im Klappentext.

Als Begleitbuch zur inzwischen beendeten Ausstellung „Europa im Kopf. Der Verlag Volk und Welt in der DDR“ entstanden, ist der Band nicht nur für Ostdeutsche eine spannende Lektüre.

Aus der Fusion der Verlage „Volk und Welt“ und „Kultur und Fortschritt“ wurde 1964 der größte und wichtigste Belletristikverlag für internationale Lite-

ratur in der DDR. Geburtshelfer dieser Allianz war ein SED-Politbürobeschluss vom 6. August 1963. „Kultur und Fortschritt“ war bis zu diesem Zeitpunkt der Verlag der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF). Ab Januar 1964 wuchsen beide Häuser zusammen, die Buchproduktion war beachtlich, „Volk und Welt“ personell und materiell gut ausgestattet. Und die SED und die DSF machten damit auch noch ein gutes Geschäft: „Kultur und Fortschritt“ verzeichnete 1963 zweieinhalb Millionen und „Volk und Welt“ fast eineinhalb Millionen Mark Gewinn, die an die beiden Organisationen abgeführt wurden. Nach der Fusion erhielt die DSF jährlich noch eine Million Mark Abgabe.

Nach 40 Jahren Verlagsgeschichte war die Bilanz von „Volk und Welt“ aber auch in literari-

scher Hinsicht beeindruckend: Mehr als 3000 Titel von 1500 Autoren aus 76 Ländern, darunter 40 Nobelpreisträger, wurden veröffentlicht.

Wie die Verantwortlichen bei „Volk und Welt“ es schafften – und manchmal auch nicht –, die politischen Klippen zu umschiffen

Chronische Knappheit als unerbitterlichster Zensor

und welche Tricks sie dabei anwenden mussten, wirkt im Nachhinein fast grotesk. So schreibt Fritz Mierau über den Kampf um einen Klappentext, dass er zu „mehr sachlicher Information“ und einer „Chronik von Leben und Werk“ des Autors angehalten wurde. Der Text durfte dann doch nicht so sachlich sein, den gewaltsamen Tod des Dichters

Isaac Babel in einem Moskauer Erschießungskeller des NKWD mitzuteilen. Die Werke von Stanislaw Lem erschienen in der DDR bei „Volk und Welt“, in der BRD bei Suhrkamp. In der DDR nörgelte der Zensor an Lems Schilderung des Wasserlassens herum, das Buch erschien dennoch. In der Bundesrepublik wiederum wurden einige Manuskripte von Lem nicht publiziert, da sie zu viel kommunistische Helden enthielten. Der unerbittlichste Zensor im DDR-Verlag allerdings war das chronische Defizit an Devisen und Papier. „Volk und Welt“ hätte noch viel mehr Bücher unter die lesefreudige DDR-Bevölkerung bringen können, wenn diese, letztlich unüberwindbare Hürde nicht gewesen wäre. **sil**

Simone Barck/Siegfried Lokatis (Hg.): Fenster zur Welt. Eine Geschichte des DDR-Verlages Volk & Welt, Ch. Links Verlag Berlin 2003, 440 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3-86153-300-6

Asylant oder Flüchtling?

Rassismus überschreitet alle Grenzen in Medien und Alltag

Für Menschen, die von Rassismus betroffen sind, handele es sich „nicht nur um Schall und Rauch, sondern auch um Mord und Totschlag“, betonte Prof. Dr. Siegfried Jäger vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und bezog sich dabei auf Ereignisse wie in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda. Zu „Rassismus und Sprache in Medien und Alltag“ referierten und diskutierten Experten und Interessierte am 27. März im Berliner Haus des DGB. Eingeladen hatte die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus in ver.di (AGREXIVE).

In seinem Referat zu dem Thema „Rassismus und Sprache – was geht in unserer Kommunikation schief“ erklärte Jäger, es gäbe keine speziell rassistische Sprache, sondern rassistisches Wissen, das „von Mensch zu Mensch und von Generation zu Generation weitergegeben wird“. Mit Sätzen wie: „Sie kommen aus einer anderen Kultur und können niemals lernen, was bei uns normal ist“ werde versucht, mit der anderen Kultur oder Rasse die eigenen Vorurteile zu begründen. Ein Zuhörer wies darauf hin, dass Rassismus auch bei Menschen zu finden sei, die sich selbst als politisch links stehend bezeichnen. So hätten bei Antirakkrieg-Demonstrationen Plakate Rassismus gegen Amerikaner zum Ausdruck gebracht. Prof. Jäger bestätigte diese Einschätzung und nannte als Beispiel die Black-Panther-Bewegung in den USA, die Weiße diskriminiert hätte, aber auch antisemitische Flugblätter in der linken Szene, die die Rolle Israels thematisierten.

Zafer Ural, Vorsitzender des Arbeitskreises Migration in ver.di, kam bereits als Kind nach Hamburg und lebt mehr als 40 Jahre in Deutschland. „Wir sind als Gastarbeiter gekommen und wurden auch als Gast gesehen.“ Man habe die Arbeitskräfte geholt, und so seien auch die Bedingungen gewesen: jung und gesund. „Von den Kollegen wurde nicht erwartet, dass sie die deutsche Sprache sprechen“, sagte Zafer Ural. Dies habe auch in den Arbeitsverträgen gestanden.



Foto: transit/v. Polentz

Auf Demonstrationen und im Alltag gegen Rassismus.

Frank Wichert, ebenfalls vom DISS, referierte zu dem Themenkomplex „Rassismus und Medien“. Anhand von Schlagzeilen aus verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften verdeutlichte er den

Sprengsatz für unsere Gesellschaft

alltäglichen Rassismus. So wurde ein Foto von dem überfüllten Boot Flora, mit dem albanische Flüchtlinge in Italien ankamen, von der Bild-Zeitung mit der Schlagzeile kommentiert: „Morgen auch bei uns?“ Das Thema Asyl sei zwar eine zurückliegende Diskussion, habe allerdings weit reichende Folgen für die Gegenwart, betonte Wichert. „Es gab den Begriff Asylant vorher nicht.“ Das Wort Asyl stamme aus der Juristensprache. Als Asylant „werden nur Menschen bezeichnet, die aus Dritte-Welt-Ländern stammen“. Für Flüchtlinge aus kommunistischen osteuropäischen Staaten werde weiterhin das Wort Flüchtling verwandt. So würden die Vietnamesen, die vor dem kommunistischen System geflohen seien und in den 70er Jahren von der Cap Anamur aufgenommen wurden, noch heute Flüchtlinge genannt, während als Asylanten die Menschen bezeichnet werden, die uns angeblich als

Massen bedrängen. Besonders deutlich wurde diese Unterscheidung bei dem Spiegel-Titel „Flüchtlinge, Asylanten, Ansturm der Armen“. Der Begriff „Asylantenflut“ sei quer durch die Medienlandschaft zu finden. Auch mit militärischen Begriffen werde diesen Menschen begegnet. So seien sie ein „Sprengsatz“ für unsere Gesellschaft oder würden mit Rauschgift verglichen. „Die Zeit“ habe aus Frankreich über Flüchtlinge berichtet und mit dem Begriff „Angst vor Überdosis“ gearbeitet. Nach der Grundgesetzänderung sei nicht mehr zu viel Zuwanderung das Thema, dafür werde jetzt Ausländerkriminalität thematisiert. „Die Berichterstattung richtet sich nun gegen lange in Deutschland Eingewanderte“, sagte der Referent. Es gäbe eine Tendenz, ausländische Straftäter als besonders gefährlich darzustellen. Dadurch werde der Eindruck hervorgerufen, es handele sich um Feinde, die auf deutschem Boden operieren. Seit den Anschlägen am 11. September würden Ausländer islamischen Glaubens als nicht anpassungswillig und fundamentalistisch dargestellt. Wichert nannte aber auch positive Entwicklungen. So habe es seit dem Regierungswechsel auf Bundesebene eine Fülle von Projekten gegen Rechtsextremismus und Rassismus gegeben.

Dr. Margarete Jäger (DISS) berichtete in ihrem Referat „Rassismus und Alltag“, dass sie und ihre Kollegen in ihrem Institut Deutsche aus allen gesellschaftlichen Schichten zu ihrer Einstellung zu Ausländern interviewt haben. Im Ergebnis konnte sie einen Katalog von etwa 30 Vorurteilen aufstellen: Ausländer seien laut, benehmen sich ungebührlich und fordernd, treten in Massen auf, nehmen den Deutschen etwas weg, vor allem den deutschen Männern die Frauen. Zwischen Afrikanern, Schwarzen allgemein, Sinti und Roma, Moslems, Arabern und Türken werde, so ihre Analyse, unterschieden, und nicht jede Gruppe werde zu gleichen Teilen abgelehnt. Europäer und Amerikaner seien deutlich besser angesehen. Typisch seien Sätze gewesen wie: „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber es sind so viele“. Ihre Gesprächspartner hätten sich auf die Gesetzgebung bezogen und Handeln der Politik eingefordert. Diese Einstellung nutzen Politiker wiederum für den Wahlkampf. Als Beispiel führte die Referentin den CDU-Politiker Jürgen Rüttgers und seinen Wahlslogan „Kinder statt Inder“ an, der sich auf die Green Card bezog. Da die Betroffenen als Ausländer meist nicht wahlberechtigt sind, könnten sie sich auch nicht an der Wahlurne wehren.

Jäger plädierte dafür, sich im Alltag gegen rassistische Äußerungen zu stellen und klar zu widersprechen. Dies gelte auch für rassistische Wahlkampagnen. „Wir müssen daran arbeiten, dass es nicht mehr funktioniert. Wenn sie damit keine Stimmen mehr bekommen, stellen sie dies auch ab.“

Silke Leuckfeld

ANZEIGE

Radio. Machen. Lernen.



Ausbildung
Produktionsstudio
Rechner-Schnittplätze
Reportagetechnik
Sonderkonditionen für
Mitglieder!!! Mehr Info?

www.medienKonkret.de

NPR-Hörfunkzentrum



Foto: transit/v. Polentz

Verwertungsstrategien: Griebner, Kiesling, Gelbhaar, Graf und Jaron (v.l.n.r.)

Literarische Schätze eifrig aus Schubladen gekramt

4. Lesemarathon des VS Berlin brachte viel Hauptstadttypisches

Der Lesemarathon des Berliner Schriftstellerverbandes in ver.di hatte auch in diesem Frühjahr thematische Schubladen voller Manuskripte gepackt, die einem interessierten Publikum an drei Abenden von 27 beteiligten Autoren selbst zu Gehör gebracht wurden. Die Abschlussveranstaltung diente erstmals der Selbstverständigung.

■ DREIMAL AUF DEN FISCH GESPUCKT

Einen geeigneteren Ort für den Start des literarischen Marathons konnte sich keiner wünschen, über den Dächern Berlins, im 5. Stock am Hackeschen Markt, wo die Heinrich-Böll-Stiftung ihre gläsernen Räume zur Verfügung stellten, mit Blick auf Fernsehturm, Dom, Platz vor den S-Bahnbögen. Dazu passte Jimmy, mit dem Autor Dieter Schubert durch die Friedrichstraße stapft in Richtung Wasser. „Wenn der Aal in der Spree stromaufwärts schwimmt“, dann muss er an die Angel! Als Köder Goldfische aus Jimmys Aquarium. „Aale mögen es exquisit“, meint er, und nur „wenn man drei Mal auf den Fisch spuckt“.

Unter einem der Dächer unter uns muss sich Oma Liena zu

ihrem Kaffee ein Likörchen genehmigt haben. Dann lauschte Christiane Reichart ihren Erinnerungen rund um den Potsdamer Platz der 20er Jahre. Im „Haus Vaterland“, wo sie als Küchenhilfe Zwiebeln schnitt und „der Mann, der vor der Hochzeit gefallen“ sein soll, kellnerte.

Einem Berliner Meisterdetektiv spürte Dorle Gelbhaar nach. Genard Nebe – er lebte wirklich – pflegte sein verdächtiges Gegenüber bei gemeinsamem Kuchenverzehr zu vernehmen und verzeichnete 90prozentige Aufklärungsquoten.

Von Josef, der sich auf der Flucht vor dem Kinderwunsch seiner Frau auf Tucholskys Fährte begibt, berichtete Ulrich Karger. Die abenteuerliche Lebensgeschichte der ersten Motorsport-Pilotin in Johannisthal hat Gabriele Brang aufgeschrieben.

Von der Freundschaft zwischen der 53jährigen Else Lasker-Schüler und Abraham, gerade 25, die im „Romanischen Café“ begann, erzählte Hanah Thiede. Bedrückend das Schicksal von Zenzle, der Frau Erich Mühsams, dem Uschi Otten nachforschte. „Den Tagen, die kommen, gewachsen zu sein“. Das musste sie, nachdem die Nazis ihren Mann ermordet hatten.

Erheiterndes dann wieder, wie

Hulda, deren eitler Partner Gregor nicht nur „verstohlene Blicke auf weibliche Reize“ riskiert, die Gegenwart von Claudia ertragen muss. „Die andere Frau“, nicht körperlich, mehr „als etwas Unbestimmtes, Schwebendes“. Ruth Fruchtman hat ein Gespür für menschliche Schwächen.

Mit Thilo Ballien lernten wir einen Neuköllner Obdachlosen kennen mit seinem Gefährten Belafonte, einem echt Berliner Hund, der englisch jault. Nach dieser „kleinen Herbstmelancholie“ führte uns Hans Häußler in den „Nachtfalter“, vielen Schreibenden in Berlin-Mitte vertraut, nunmehr verschwunden.

Alles in allem: eine vielseitige wie informative Mischung, moderiert von Monika Erhardt-Lakomy. **Eva Brillke**

■ (ZU) LANGE NACHT DES LACHENS

Zum Marathon im wahrsten Sinne des Wortes gestaltete sich das Öffnen der zweiten Schublade „Berlin zum Lachen“ in der Moabiter Dorotheenstädtischen Buchhandlung. Mehr als dreieinhalb Stunden lasen 13 Schriftstellerinnen und Schriftsteller facettenreich Vergnügliches über und für Berliner, Moderator Jan Eik

mit Anekdoten zu Denkmälern inbegriffen. Die 94-jährige Elfriede Brüning versprach mit ihrem „Märchen von der verlorenen Unschuld“, dass das Lachen in der Kehle stecken bleiben werde. Zu vermuten ist, dass die Wendegeschichte um Kommerz im Verlagswesen ihr selbst passierte. Auch in „Quetschkartoffeln und Karriere“ und dem Kampf des Professors für Sozialwissenschaften um die eigene Scholle in Heiligensee von Horst Bosetzky dürfte ein Anklang zur Familienbiographie stecken.

Dorle Gelbhaar spürte der Erotik in sozialistischen Arbeitskollektiven nach, ja doch, die „DDR hatte ihren eigenen Sex“. Monika Erhardt-Lakomy schilderte heute unglaubliche Patenschaftsbeziehungen zwischen Tiefbauarbeitern und Tänzerinnen und Tänzern, die 1969 am Alex gemeinsam „Ausgleichsfundamente für den Fernsehturm“ schachteten. Auch Hans Müncheberg tauchte mit seiner wahren Begebenheit um Glaubensfreiheit und staatliche Autorität in den Alltag der untergegangenen Republik ein.

Auch die Nachwendezeit lässt sich heiter-hintergründig betrachten. Beim „Tod eines Abgeordneten“ von Jürgen Groß muss die Erfüllung des täglichen Traums von der schönen fremden Frau im Bus mit dem Leben bezahlt werden. Charlotte Worgitzky spielte mit drei, von Thierse namens des Bundestages verliehenen Wünschen und der Probe, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Werbung und Wirklichkeit – nie mehr wird Jutta Rosenkranz in das Seebadhotel fahren, das in ihrer Geschichte alles versprach und nichts hielt. Seltsame Alltagsbegegnungen in abstrusen Verknüpfungen bot Anja Tuckermann.

Olaf Kappelt bewies, dass Gorbatschows Spruch, wonach das Leben Zuspätkommende bestrafe, schon zu Kaisers Zeiten galt: Kaiser Wilhelm bekam 1900 die Autozulassung Nr.2 in Berlin, die 1 war schon an Herrn Wertheim vergeben. Ebenfalls mit Autos, mit Automarken und dazu passenden Liebhabern setzte sich Salean Maiwald in ihrer modernen Story auseinander.

Elke Querbeet betrieb kabarettistische Geschichtsklitterung. Sie bedichtete schön verquer in deutsch-französischer Sprachmelange den Ärger des Alten Fritz über seine abtrünnige Hündin

und seine darauf folgenden Beschimpfungen der gekrönten Kollegenschaft als Ursachen für den 7jährigen Krieg. Ihr Fazit: „Und so wurde Preußen mächtig, bloß weil eine Töle trüchtig.“

Unser Fazit: Wer bis kurz vor Mitternacht durchhielt, hatte viel Lesenswertes gehört. Aber wer schafft das schon an einem Wochentag? Und so war es natürlich und gleichermaßen schade, dass sich die Reihen nach der delikaten indischen Pausensuppe arg lichteteten. Beim nächsten Mal scheint Beschränkung in der Teilnehmerzahl und Disziplin in der Vortragszeit angeraten. Weniger ist dann mehr.

Bettina Erdmann



Foto: transitiv. Polentz

Standhafter Leser: Ulrich Karger

hard Griebner, Abteilungsleiter Dokumentation und Zeitgeschehen beim rbb, einen erfahrenen „Verwerter“ eingeladen. Vervollständigt wurde das Podiums-Quintett von Kommunikationswissenschaftlerin Dr. Dorle Gelbhaar als Moderatorin und der Literaturagentin Karin Graf. Prof. Horst Bosetzky, der Berliner VS-Vorsitzende, begrüßte zu „gemeinsamem Nachdenken über unser Schicksal“. Es ging weniger ums Schreiben als ums Verkaufen. Und alle waren sich einig, für das gleiche Resultat mehr Bücher verkaufen, verlegen, vermarkten zu müssen als noch vor kurzem gedacht. Doch wurde Jammern für zwecklos erachtet und gemeinsam nach Strategien gesucht, wie man sich auf dem Buchmarkt und gegenüber den Medien präsentieren könne. Als Verlag, wo inzwischen „die neuen Bücher mit den alten bezahlt“ werden, ginge das nur mit Tempo und Spezialisierung. Kein guter Start für junge Autoren, deren Werke erst reifen und wirken müssten. Um die Macht der Medien ging es, die ein Buch puschen, wenn es nur einmal bei Elke Heidenreich erwähnt wird. Aber auch um Lei-

denfähigkeit, die ein Autor mitbringer müsse, der sich aufs Medium Fernsehen einlassen will. Ökonomie, Arbeitsteilung, Team, Programmeinbindung – alles Schlagworte, die einem Autoren das Leben mit einem fertig geglaubten Text schwer werden lassen können. Dass Exposees und Textproben von 20 bis 30 Seiten gefragt sind, war ein Tipp auf Publikumsnachfrage. Welche Hilfe Literaturagenten Autoren geben können und dass auch hier das Geschäft mit der „Ware Buch komplizierter geworden“ ist, erläuterten Karin Graf und ein Berufskollege aus dem Publikum. Auch die Agenturen arbeiten gern auf Empfehlung, gäben allerdings „jedem Erstlingswerk eine Chance“. Wenn ein Agent einmal Ja gesagt hat, läge die Wahrscheinlichkeit, dass ein Text untergebracht wird, bei 70 bis 80 Prozent. Dass „jeder Lektor seine Leichen im Keller“ habe und mit dem Urteil mitunter schief gelegen hat, war die tröstliche Aussicht, mit der Dorle Gelbhaar die Interessierten verabschiedete. Und mit der Aufforderung: „Bleiben wir standhaft und reichen wir weiter ein!“ **Helma Nehrlich**

■ KEIN UFO, NIRGENDS

Um phantastische Wirklichkeiten drehte sich alles am dritten Abend. Der Ort war gut gewählt: Die kleine Eckbuchhandlung UFO an der Kreuzberger Bergmannstraße hat sich auf das Genre spezialisiert. Dicht an dicht stehen Regale mit Science Fiction-, Fantasy- und Horrorliteratur. Vor 25 Zuhörern lasen sechs Autoren im Schein einer altmodischen Tüstenlampe. Obwohl fast alle Berührungängste mit der phantastischen Schublade hatten, einte Phantasie und ein Hauch von Unwirklichkeit ihre Geschichten.

Den Krimi „Max Heller und der schöne Schein“ von Urban Blau bevölkern skurrile Gestalten. Sein rasender Reporter mit Cadillac und Kanarienvogel trifft auf eine im Kleiderschrank erhängte Tote. Der auf ihren Bauch tätowierte Satz „Schweigen tötete mich“ macht neugierig.

In Sybil Volks Erzählung „Schattenmorellen“ dreht sich alles um die blutroten Früchte. Eine ganze Familie ist ihnen rettungslos ausgeliefert. Ein sinnliches Schwelgen in höchst irdischen Genüssen.

Detlef Holland-Moritz las „Generierungen aus dem Paisley“, ein rätselhafter experimenteller Text. Jemand ist in der Stadt unterwegs, begegnet modernen digitalen Welten und archaischen Teufeln. Der Satz „Die Wetten stehen gut, dass Algorithmen unsere Seinslöcher füllen“, mag die Atmosphäre veranschaulichen.

Iris Rudolph spinnt die Geschichte einer erfolglosen Schriftstellerin. Ohne Gardinen gibt diese ihr Leben in einer Erdgeschosswohnung der Öffentlichkeit

preis. Das erinnert an das Spitzweg-Idyll des armen Poeten, zeitgemäß angereichert mit Sex, Drugs und Rock'n Roll.

Jenseits schnöder Wirklichkeit lebt Wolfgang Fehses „Gräfin der Potsdamer Straße“ mit ihren vier wuselnden Hundchen. Aufgeschreckt aus Vergangenheits träumen hält sie den Besucher für ihren seit 20 Jahren toten Gefährten – ein eindringlich gezeichnetes Bild geistiger Verwirrung.

Letzter war Gunnar Kunz, der den Abend auch moderierte. Einfühlsam schildert er „das Leben als Baum“ von der Geburt als Blütenstaubteilchen bis zum Moment, als sich die Motorsäge in sein Fleisch schneidet. Am Ende steht der lange Todeskampf und der für uns sonst unhörbare Todeschrei. Ein eindringliches Gleichnis für gedankenlose Naturzerstörung durch den Menschen.

Zum Gelingen des Abend trugen die gut gewählten Texte ebenso bei wie die Tatsache, dass sich alle Autoren an das vorgegebene Zeitbudget von 15 Minuten gehalten haben. Keine Chance für Langeweile oder Müdigkeit!

Ute C. Bauer

■ SCHICKSALSFRAGEN STANDHAFTER AUTOREN

Diesmal kein Ball zum Finale. Um „Literatur jenseits von Bestsellerlisten und Fernsehtalks“ ging es beim abschließenden Colloquium. Die schreibende Zunft hatte sich mit Ursula Kiesling eine Buchhändlerin mit Leib und Seele, mit Dr. Norbert Jaron einen sensiblen Verleger und mit Rein-

ANZEIGE

AOK - Die Gesundheitskasse
für das Land Brandenburg

Gesundheit und Gesundheitspolitik im Land Brandenburg

Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513
Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: joerg.trinogga@brb.aok.de
Internet: <http://www.aok.de>

AOK
Die Gesundheitskasse.

Ein Visionär ist nicht in Sicht

Politische Matinee im Berliner Ensemble über Gegenwartsanalysen und Zukunftsgedanken

Jeder für sich oder wer für alle? Brauchen wir einen neuen Marx? Mit dieser Überschrift umrissen war das Thema, das dem „Berliner Ensemble“ an einem März-Sonntagvormittag ein volles Haus sicherte. Publikum und Podium, mit Hausherrn Claus Peymann als Gastgeber und DGB-Chef Michael Sommer als Mitorganisator, erlebten zwei anregende Stunden, die sich erfrischend von üblichen Politikerreden und Fernsehdebatten abhoben. Auch wenn, das vorweg, die Frage nach dem neuen Marx unbeantwortet blieb.

Selbst der alte war unterrepräsentiert, wie vom Publikum moniert wurde. Ein exzellenter Marx-Kenner fehlte auf der Bühne, der fundiert die Frage hätte beleuchten können, was die Theorie der bärtigen Alten zur Analyse des modernen Kapitalismus beitragen könnte. Gut, mit diesem Mangel musste man leben, auch wenn er vielleicht für das mitunter „zierliche Gestochere in unseren Unzulänglichkeiten“, wie es Peymann zuspitzte, mitverantwortlich war.

Doch wird kaum einer sein Kommen bedauert haben. Aus dem Klartext der Geladenen und dem offenen Interesse der Zuhörer sprach vor allem eines: der Wunsch nach mehr qualifizierter öffentlicher Debatte alternativer Zukunftsstrategien ohne eine Stigmatisierung der Beteiligten als „Schuldige“ oder solche, die die Zeichen der Zeit nicht verstanden hätten...

Die Forderung der Zeit: „Macht die Arbeitskräfte billiger!“ stand

Am 1. September soll es definitiv soweit sein: n-tv gibt seinen Hauptsitz in Berlin auf und zieht in sein neues digitales Sendezentrum in Köln. Die Parlamentsredaktion wird künftig im RTL-Hauptstadtstudio unterkommen.

Nach Auskunft der Betriebsratsvorsitzenden bei n-tv, Ingrid Rennewald, wird rund 90 Mitarbeitern gekündigt, 120 erhalten ein Angebot zur Weiterbeschäftigung in Köln. Die Wut bei den Beschäftigten ist groß, hatte man doch erst Anfang des Jahres gemeinsam mit der Gewerkschaft



denn auch zu Beginn auf dem Prüfstand und erhielt zunächst vom Wirtschafts- und Sozialethiker Prof. Friedhelm Hengsbach bescheinigt, nur den ökonomisch-gesellschaftlichen Mikrobereich zu beleuchten und damit den Blick unzulässig einzuzengen. Auch Unternehmer Heinz Dürr (früher AEG, Deutsche Bahn) forderte „makroökonomisches Denken“ in Zeiten, da enorme Gelder „elektronisch um den Erdball gejagt werden, von denen nur fünf Prozent überhaupt für die Warenproduktion gebraucht“ würden. Angesichts deutscher 60-Euro-Stundenlohnkosten, die in Polen bereits für nur zehn Euro und in der Ukraine noch billiger zu haben seien, vermutete er, dass die Gewerkschaften

im Zeitalter der Globalisierung an Grenzen des Solidargedankens stoßen. Michael Sommer sah dagegen im allgemeinen „Reform“-Schrei „immer neue Versuche, den brutalkapitalisti-

Abschied von vorausschauender Politik

schen Wettbewerb aushaltbar zu machen“. Real bedeuteten sie eine „ökonomische Todesspirale für die arbeitenden Menschen“. Einhellig machten die Diskutanten die weitgehend unkontrolliert agierenden internationalen Finanzmärkte, die „anonyme Herrschaft des Finanzkapitals“ als wesentlichen Teil der akuten Probleme

aus. Sommer verdeutlichte es am Beispiel Telekom: International agierende Ratingagenturen und Machenschaften einzelner nationaler Manager hätten dafür gesorgt, dass das Unternehmen mit 60 Milliarden in die Kreide geriet. Die „Freisetzung“ von 20 000 Beschäftigten sei die Folge. Nationale Politik, Regierung oder Gewerkschaften seien dabei quasi einflusslos. Institutionen wie Weltbank oder Internationaler Währungsfonds würden zur Kontrolle nicht genutzt. Dieser „Abschied von vorausschauender Politik und der Sicherung von Grundrechtsanprüchen“ sei allerdings auch der „Fehlsteuerung durch gegenwärtige politische Entscheidungsträger“ geschuldet, so Hengsbach.

Mit dem knappen Gut Arbeitszeit müsse verantwortungsvoll und umverteilend umgegangen werden. Nicht in der Industrie, sondern in Kultur, Gesundheit und Bildung, mithin in der „Arbeit am Menschen“ seien neue Märkte für Erwerbstätigkeit zu erschließen. Der Gewerkschafter sah dafür wenig reale Chancen, da selbst im Bundestag gegen Neoliberalismus keine Opposition mehr auffindbar sei, was Wahlen „eigentlich sinnlos“ mache. Peymann fürchtete neuerlich Krieg als „globale Lösung“. Unternehmer Dürr appellierte an die Moral der Macher. Und Ethiker Hengsbach forderte ein radikales Umdenken in Zeiten, wo „vitale Bedürfnisse wichtiger geworden sind als materielle“. **neh**

n-tv zieht nach Köln

Nur die Parlamentsredaktion bleibt

einen eigenen Beitrag zur Sanierung des Senders erarbeitet. Stocksaue ist Dietrich Peters, Mediensekretär bei ver.di: „Die Verlegung erfolgt, obwohl die Beschäftigten bereits Einkommenszugeständnisse gemacht haben.“

Zurzeit wird über einen Sozialplan verhandelt. n-tv-Geschäftsführer Johannes Züll verspricht

sozialverträgliche Lösungen, die bisherigen Erfahrungen sprechen jedoch dagegen. „Die Interessen der Mitarbeiter stehen selten im Vordergrund“, sagt Katja Karger von connex.av.

Der Umzug nach Köln soll zur wirtschaftlichen Sanierung des Senders beitragen. Der war 2001 aufgrund sinkender Werbebeein-

nahmen in die roten Zahlen geraten und hat 2002 Verluste in Höhe von 23 Millionen Euro gemacht. Im Gegensatz zu Berlin unterstützt das Land Nordrhein-Westfalen die Ansiedlung in Köln aktiv. Der dort ansässige Privatsender RTL hält 50 Prozent der Anteile an n-tv. ver.di befürchtet eine starke Einflussnahme durch den Medienriesen. Peters: „Medienpolitisch ist es ein Skandal, dass ein relativ unabhängiger Nachrichtensender zum verlängerten Arm von RTL wird“. **ucb**

„Die schärfste Waffe gegen die ‚Krake‘ Korruption ist die Öffentlichkeit“, eindeutige Worte von Dr. David Hawkes, Berliner Staatsanwalt, resümieren das Ergebnis einer gemeinsamen Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin, der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche, der Antikorruptions-Organisation Transparency International (TI) und der Bundeszentrale für politische Bildung Anfang April in Berlin. Im Zentrum stand die Frage, welche Kooperationen zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und lokalen Medien denkbar sind, um der zunehmenden Tendenz von Korruption zu begegnen.

„Korruption ist der Missbrauch anvertrauter Macht zum eigenen Vorteil“, so Dr. Hansjörg Elshorst, Vorsitzender von TI-Deutschland. Dabei habe diese Definition eine Erweiterung erfahren, da sie nicht nur zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen existiert, sondern verstärkt auch zwischen Firmen vorkommt. Von neuen „Bonanzas“ sprach Dr. Matthias Güldner vom Bremer Bündnis90/Die Grünen bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Im Bremer Baubereich entstanden 267 GmbH unter staatlicher Kontrolle – ein Nährboden für Filz zwischen den Tochtergesellschaften.

Einige Strukturelemente von Korruption wurden auf der zweitägigen Veranstaltung disku-

„Die Krake Korruption“

Tagung fragte nach Möglichkeiten für den Lokaljournalismus

tiert. So rückte die über lange Zeit gewachsene Verflechtungsstruktur zwischen Politik, Wirtschaft, Kommunen und lokalen Medien in den Blickpunkt. In solchen Prozessen bildeten sich die Schweigekartelle aus. Als weiteres Element wurde die Offensichtlichkeit des Phänomens herausgestellt. Peter Grabowski, freier WDR-Journalist, illustrierte das am Wuppertaler Skandal in der Immobilienwirtschaft. Dort bestand ein Netz zwischen örtlicher

Wenn Missstände ins
Auge stechen

Politik, der Bauwirtschaft und dem Finanzsektor. Bauaufträge wurden hin- und hergeschoben. Weder die „Westdeutsche Zeitung“ noch das Lokalradio trugen zur Aufdeckung bei, sie waren vielmehr mit von der Partie. Dabei hätte jeder aufmerksam werden können: Die Beteiligten trafen sich in der Elberfelder Schützengesellschaft auf dem Kirchplatz. Man fuhr mit teuren Autos vor oder war nobel eingekleidet, so der Geschäftsführer

der Diakonie, als „Kaschmir-Uwe“ bekannt. Dass sein Gehalt zu solchem Lebenswandel nicht ausreichte, stach geradezu ins Auge. Aber keiner traute sich, die Sache anzugehen. Erst als ein aus Düsseldorf strafversetzter Staatsanwalt aktiv wurde, flog dieses Netz auf.

Oft sind Verwaltungen ängstlich, und in den Redaktionen herrscht Vorsicht bei Recherchen, bevor amtliche Ermittlungen begonnen haben. Zudem stehen im redaktionellen Alltagsgeschäft immer weniger Ressourcen für diese langwierige Arbeit zur Verfügung.

In Berlin beobachtet Ralf Schönball vom Tagesspiegel einen Unterschied im öffentlichen Auftreten der Staatsanwaltschaft beim Umgang mit dem Bankgesellschaft-Skandal und dem aktuellen Tempodrom-Verfahren. Solche Analyse ist nur möglich, wenn man die Prozesse über große Zeiträume verfolgen kann. Doch selbst den Ermittlungsbehörden sind Grenzen gesetzt. Sie brauchen einen Anfangsverdacht, um Untersuchungen einzuleiten. Hinzu kommt, dass der Nachweis der Bestechlichkeit bzw. der Vorteilsgewährung wie

auch der Untreue schwierig ist. Nicht selten gibt es später Freisprüche. Eine gut untermauerte Berichterstattung der Medien kann allerdings auch Verfahren in Gang bringen.

Die Rolle der Medien war Gegenstand intensiver Debatten. Als zentral stellte sich für die anwesenden Journalistinnen und Journalisten der Erhalt ihrer Unabhängigkeit dar. Um der Gefahr der Vereinnahmung oder Vorverurteilung zu entgehen, sei eine ergebnisoffene Recherche wichtig. Nicht selten würden Themen wie auf dem Silbertablett präsentiert. Hintergrundgespräche könnten da helfen. Letztendlich gelte: beobachten, recherchieren und reden, denn die Presse soll vorwarnen, kritisch begleiten und bei der politischen Einordnung helfen.

Von Seiten der Polizei und vom TI kamen Vorschläge zur Einrichtung eines Korruptionsregisters und der Prüfung von Unternehmen vor öffentlichen Ausschreibungen, wie das etwa in Amsterdam praktiziert wird. Und in der Politik sei eine Selbstverpflichtung in Form eines Ehrenkodexes denkbar. **Ulrike Kopetzky**



Foto: Algimantas Ziziunas

Zensiert: Weiße Schuhe verunglimpfen den Veteran

Welcome (to) Europe!

Fotoausstellung aus dem Baltikum

Pünktlich zum Beitrittstermin der drei baltischen Länder zur Europäischen Union zeigt die Giedre Bartelt Galerie in Berlin-Mitte Arbeiten junger Fotografen aus Litauen, Lettland und Estland. Der Titel „Welcome to Europe“ ist in diesem Fall jedoch eher sarkastisch zu verstehen, haben sich die Autoren doch der neuen und alten Verlierer und Rebellen der drei östlichsten Länder des neuen Europa angenommen. So zeigt die Litauerin Egle Rakauskaite großformatige Schwarz-Weiß-Fotografien von Obdachlosen in Vilnius. Entstanden sind die Aufnahmen im Jahr 2000 in einem improvisierten Freilichtstudio in der litauischen Hauptstadt Vilnius. Sozialen

Themen haben sich auch der Este Herkki-Erich Merila mit seinen Porträts von Typen aus der rechtsradikalen Szene seines Landes und Kaspars Goba aus Lettland angenommen, der auf die Problematik

Ausstellung zum
Ausleihen

und Isolation sogenannter russischer „Nichtbürger“ in seinem Land aufmerksam macht.

Die litauische Galeristin und Kunstwissenschaftlerin Giedre Bartelt ist mit ihrer Galerie, die seit acht Jahren besteht, erst vor kurzem von Charlottenburg in die Span-

dauer Vorstadt umgezogen. In der Linienstraße zeigt sie auf rund 100m² osteuropäische Fotografie, auf die sie sich aus Neigung in den letzten Jahren spezialisiert hat.

Dem Thema Fotografie und sowjetischer Zensur war bereits die vorhergehende Ausstellung gewidmet. Sie zeigte Aufnahmen bekannter Fotografen, die Einblicke in einen sozialistischen Alltag eröffneten, den es offiziell nicht geben durfte, und die deshalb der Zensur zum Opfer fielen. Diese Exposition ist eine der ersten Annäherungen an die zensierte Fotografie in der Sowjetunion und kann von der Galeristin ausgeliehen werden.

In einer der nächsten Ausstellungen sollen alte russische Meister-Fotografen vorgestellt werden.

Str.Hl.

Giedre Bartelt Galerie, Linienstraße 161: „Welcome to Europe!“, 2. April – 22. Mai 2004, Öffnungszeiten Die. bis Sa. 14 – 18 Uhr, Tel. 030 8852086.

Nimm Dir die

ver.di will mit Arbeitszeitpolitischer Initiative in die

Die Gestaltung von Arbeitszeiten ist eine Kernaufgabe der Gewerkschaften und wesentlicher Bestandteil tariflicher Auseinandersetzung. Doch hat sich die Auseinandersetzung um Arbeitszeitfragen in den vergangenen Jahren von der Bundes- und Branchenebene immer mehr in die Betriebe verlagert. Um gesellschaftlichen Handlungsspielraum zurückzugewinnen und Arbeitszeitgestaltung und -verkürzung verbinden zu können, hat ver.di bereits im Sommer 2003 eine Arbeitszeitpolitische Initiative gestartet. Unter dem Motto: Wem gehört die Zeit? befasst sie sich mit Analysen und Bestandsaufnahme und läuft in Forschungsprojekten zusammen. Im laufenden Jahr sollen daraus unter der Forderung „Nimm Dir die Zeit!“ in möglichst

breit geführten Debatten arbeitszeitpolitische Forderungen abgeleitet werden.

ver.di Berlin trägt mit dem Projekt „Zeitfragen sind Streitfragen“ zur Diskussion bei. Heidemarie Gerstle, im ver.di-Landesbezirk für Frauenpolitik, Schwerbehinderte und Erwerbslose zuständig, beschreibt das Projekt so: „Es geht um Zeitfragen im Alltag von Dienstleistungsbeschäftigten und um Wechselwirkungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Beteiligt sind der Kaufhof am Ostbahnhof, das Vivantes-Krankenhaus Friedrichshain und

die Fröbel-Kindertagesstätte im gleichen Bezirk.“ Begonnen wurde mit einer Analyse der derzeitigen Arbeitszeiten. Beschäftigte, Be-

Konflikte im Alltag von Dienstleistenden

triebs- und Personalrat sowie die Geschäftsleitungen waren einbezogen. Neben der Forderung nach bedarfsgerechten Service- und Öffnungszeiten im eigenen Unternehmen steht die nach innovativen Arbeitszeitmodellen. Schnell ent-

stehen daraus auch Forderungen an angepasste Kinderbetreuungzeiten oder kommunale Dienstleistungen: auch nach 20 Uhr kürzere Taktzeiten von öffentlichen Verkehrsmitteln, der spätere Beginn von Theater- und Kulturveranstaltungen oder Elternversammlungen. Der Wunsch nach Sport- und Fortbildungsmöglichkeiten für Schichtarbeiterinnen wurde ebenso artikuliert wie der nach früherer Öffnung von Post, Banken und Arztpraxen. Ziel des Projekts ist ein Arbeits- und Alltagszeiten auch im Stadtteil besser in Einklang zu bringen. „Wir wollen Wege auch z

Umverteilen: Kürzer, aber für alle

Zeit, speziell Arbeitszeit, gilt als knappes Gut. So knapp, dass Unternehmer und konservatives Politiklager im Verein behaupten: Nur wenn die Wochenarbeitszeit erhöht wird, wenn Feiertage wegfallen und länger gearbeitet wird, ist die deutsche Wirtschaft noch konkurrenzfähig. Ökonomische Zwänge werden bemüht, die hohen Lohnnebenkosten, die knappen Kassen, der drohende Kollaps der Sozialsysteme, gar der demografische Faktor. Länger arbeiten – ohne Lohnausgleich? Was ist dran an der immer lauter vorgebrachten Forderung?

Bei den jüngsten Tarifausschreibungen im Druckbereich, bei den Tageszeitungsredakteuren, mit einer generellen 40-Stunden-Forderung oder im Öffentlichen Dienst gar mit mehr – die Forderung nach längeren Arbeitszeiten wird immer lauter. Vertrauen wir auf das Kanzler-Machtwort von der Wirklichkeitsferne genereller Arbeitszeitverlängerung?

Bleiben wir bei der Wochenarbeitszeit und fragen: Wem nützt eine Ausdehnung? In der Industrie lassen sich mit den vorhandenen Arbeitskräften und für die gleichen Lohnkosten mehr Waren produzie-

ren. Dabei liegt der Lohnkostenanteil in hochproduktiven Bereichen oft schon unter 20 Prozent. Wenn die Produkte abgesetzt werden – im Inland ein wachsendes Problem – sichert das den Unternehmen Zusatzgewinne. Eine gute Lösung für die Wirtschaft. Aber auch eine, die „konservatives und einfallloses Management“ fördert und die „Dummheit und Faulheit auf der Seite der Unternehmensleitungen“. Das sagt kein Gewerkschafter, sondern der Industrieformaler Gerhard Bosch. Sein Fazit: „Keine Verlängerung der Arbeitszeit, sondern intelligente Arbeitszeiten.“

Im Öffentlichen Dienst: Die angedrohte 42-Stunden-Lösung, eine neuerliche Arbeitszeitverlängerung, würde hier bedeuten, dass die Verwaltungs- und Lehraufgaben oder öffentliche Dienstleistungen von weniger Personal bewältigt würden. Mindestens weitere 100 000 Arbeitsplätze stünden zur

Disposition, befürchtet ver.di-Chef Frank Bsirske. Staat, Länder und Kommunen sparen vermeintlich Kosten. Die akuten Folgen tragen die „Freigesetzten“, werden bei Sozialsystemen und Steuern spürbar.

Betrachtet man die Arbeitszeitverlängerung individuell, erscheint die Sache differenziert. Die Verkäuferin, die in Teilzeit gedrängt wurde und mit ihrem Einkommen kein Aus-

kommen zum Leben erzielt, würde vielleicht

gern wieder als Vollzeitkraft arbeiten. Aber daran ist nicht gedacht. Gemeint ist, dass die sinkende Zahl Erwerbstätiger im so genannten Normalarbeitsverhältnis – in Deutschland arbeiteten die Vollzeitbeschäftigten 2002 im Durchschnitt 39,9 Stunden und erreichten damit fast den europäischen Mittelwert – länger für das gleiche Entgelt arbeiten soll. Zusätzlicher Arbeitsdruck und Stress sind vor-

hersehbare Folgen. Die Probleme Familienleben und Kindererziehung werden verschärft, die Organisation des Alltags wird schwieriger. Ein Ausgleich wird nicht geboten, doch das angeblich nationale Wettbewerbsproblem auf den Schultern des Einzelnen verlagert. Das wachsende Bedürfnis von Frauen und Männern, die persön-

Intelligente Lösungen statt faules Management

liche Lebensgestaltung mit den Arbeitsanforderungen besser vereinbaren zu können, wird ignoriert. Denn das erforderte flexible Arbeitszeiten und bessere Wahlmöglichkeiten.

Arbeitsmarktpolitisch kann eine allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit nur katastrophale Folgen haben. Längere Arbeitszeiten bringen keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz. Im Gegenteil: Der Aufbau von Stellen wäre in Größereinheiten vorprogrammiert.

Volkswirtschaftlich wirkt die Devise „Immer weniger Beschäftigte sollen immer länger arbeiten“ ebenfalls unsinnig. Die stagnierende



Zeit!

ensive kommen

onventionellen Lösungen eb- und setzen uns für eine umende Beteiligung aller Betroffenein. Der Konflikt zwischen Beäftigten im Dienstleistungssek- und ihrem Bedürfnis, selbst nstleistungen bedarfsgerecht zen zu können, soll durch Beung und Vernetzung ausge- delt und möglichst gelöst wer-“, meint Heidemarie Gerstle. h läuft das Projekt. Es soll im nen Anstöße für die öffentliche -Debatte geben. **neh**

ere Informationen und Argumente r: www.nimm-dir-die-zeit.verdi.de www.wipo.verdi.de

oder gar sinkende Binnennach- e wird nicht angekurbelt, wenn Leute trotz erhöhter Arbeitsleis- g mit geringeren Lohnzuwäch- auskommen müssen, wenn im- mehr Arbeitslose immer weni- Chancen auf einen neuen Ar- splatz haben. Selbst der Hand- ksmeister oder der Kneiper an Ecke spüren das existenziell, im- die Kundschaft ausbleibt.

ie Frage ist also klar zu beant- ten: Profiteure kollektiver Ar- szeiterhöhung wären nur die ernehmer. Die Drohung, die duktion sonst ins Ausland zu agern, erscheint als das, was sie Die Forderung nach Zugeständ- en ohne Gegenleistung. Politi- die sich zum Fürsprecher solch liberaler Konzepte machen, be- ben einseitige Lobbyarbeit. Die werkschaftliche Forderung nach em grundsätzlichen Kurswech- in der Wirtschafts- und Sozial- tik verbindet ver.di mit der nach em Zukunftsinvestitionspro- mm für Arbeit, Bildung und welt, das vor allem die Binnen- hfrage stärken, das Niveau öf- licher Investitionen auf ein eu- äisches Niveau heben und über 000 neue Arbeitsplätze schaf- sollte. Umverteilung ist nicht eine Forderung zugunsten der al Schwachen, sondern gilt h auf dem Gebiet der Arbeits- . Nicht: Mehr für immer weni- sondern weniger für alle!



Foto: transit/v. Polentz

Wann darf Papa Papa sein? Der Mangel an Zeitwohlstand ist ein gesellschaftliches Problem.

Morgenluft neuer Männerrollen

Nun rollen die Züge wieder rückwärts“, heißt es im Offenen Brief „Männer gegen länger“, den Arbeitswissen- schaftler Prof. Helmut Spitzley von der Uni Bremen und Werner Sauer- born, Herausgeber der Väterzei- tung paps, an Kanzler, Familien- ministerin, Bundestag, BDA und DGB schickten – unterzeichnet von 500 Männern bundesweit. „Wir waren auf dem richtigen Weg. Wenn sich

Bessere Balance von Arbeiten und Leben

Massenarbeitslosigkeit nicht anders beseitigen lässt, muss Arbeit umverteilt werden. Für uns Männer eröffnete sich die Perspektive, uns aus der einseitigen Fixierung auf die Erwerbsarbeit zu lösen, um uns mehr einlassen zu können auf unsere Kinder, unsere Partnerinnen und auf uns selbst.“ Männer, die die Morgenluft neuer Männerrollen geschnuppert hätten, wehrten sich gegen die Politik der Arbeitszeitver- längerung, gegen einen Rück-

schrift in die 50er Jahre. Ist es ge- sellschaftlich vernünftig, durch Ab- schaffung von Altersteilzeit den 60jährigen Großvater zu zwingen, länger zu arbeiten, wenn seine 40jährige Tochter oder sein 20jähriger Enkel arbeitslos sind?

Spitzley hat in sieben Argumenten zusammengefasst, warum Arbeits- zeitverlängerung kontraproduktiv ist. Ökonomisch kluge Gesellschaf- ten richteten durchschnittliche Ar- beitszeiten an der Menge der ver- fügbaren Arbeitskräfte aus. Bei ho- her Arbeitslosigkeit sei eine Verlän- gerung von Arbeitszeit abwegig. Es bedürfe ihrer auch nicht, um das Wohlstandsniveau zu halten und soziale Sicherungssysteme zu- kunftsfähig zu gestalten. Beispiele wie Dänemark mit 4,7 Prozent Ar- beitslosigkeit und 33,7 Wochen- stunden oder die Niederlande mit 29,5 Wochenstunden und 3,2 Pro- zent Arbeitslosigkeit sprächen für beschäftigungspolitisch erfolgrei- che Konzepte. „Befürworter länge- rer Arbeitszeiten denken ökono- misch zu kurz,“ meint der Arbeits- wissenschaftler. „Sie wollen Löcher stopfen, reißen in Wirklichkeit

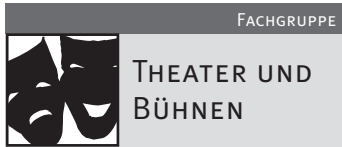
neue auf.“ Denn Personalüberhän- ge und damit einhergehende Ent- lassungen senke die Zahl der Bei- tragszahler in die sozialen Siche- rungssysteme und steigere die Aus- gaben für das Arbeitslosengeld. Untersuchungen seines Institutes in der Metall- und Elektroindustrie zeigten, dass drei Viertel der Ge- schäftsleitungen, die den Tarifver- trag zur „beschäftigungssicher- den Arbeitszeitabsenkung“ an- wendeten, das als positiv bewerte- ten. Mit kürzer und flexibel arbei- tenden Beschäftigten seien bessere Ergebnisse zu erzielen. Spitzley sieht zwei Währungen für Wohl- stand: Geld und Zeit. „Anstatt läng- ere Arbeitszeiten für alle zu for- dern, sollte die Vielfalt von Lebens- interessen stärker berücksichtigt werden. Was wir brauchen, ist kür- zere Vollzeit für alle, ein Perspektiv- wechsel und eine intelligente, an den Bedürfnissen von Menschen ausgerichtete Arbeitskultur und Zeitpolitik.“ Nur so und nicht mit Verlängerung der Erwerbsarbeits- zeit könnten Weichen in die Zu- kunft gestellt werden.

B.E.

www.paps.de/maenner-gegen-laenger

Stiften allein hilft nicht weiter

Was öffentliche Haushalte streichen, können Stiftungen nicht auffangen



Wenn der Berliner Finanzsenator in seinem defizitären Etat auf „Schatzsuche“ geht, dann findet er neben „üppig“ ausgestatteten Schulen, Kitas und Universitäten zumeist noch irgendwo ein kulturelles Überangebot, das sich streichen lässt – wie die Entscheidung zur Auflösung der Berliner Sinfoniker belegt. Wohl auch aus diesem Grund zog die von der Friedrich-Naumann-Stiftung Ende März veranstaltete Diskussion „Geht die Kultur stiften?“ viele interessierte Besucher in den Kreuzberger Meistersaal.

Ob es im Sinne der Veranstalterin war, dass die vier Podiumsteilnehmer – plus Moderator Alfred Eichhorn vom rbb – sich in allen grundlegenden Fragen einig waren? Von Stiftungseuphorie war wenig zu verspüren, obwohl die Vier wichtige staatliche Stiftungen repräsentieren.

„Es ist nicht unsere Aufgabe, Haushaltslöcher auszugleichen“,

stellte Adriene Goehler, Kuratorin des Hauptstadtkulturfonds, klar. Ihre Mitdiskutanten teilten diese Einschätzung, etwa Prof. Dr. Dietger Pforte, Geschäftsführer der Stiftung Kulturfonds: „Es ist eine Fehlentwicklung, wenn Stiftungen die Aufgaben der öffentlichen Hand ersetzen.“ Oder Hortensia Völckers, Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes: „Wir wollen zusätzliche Projekte fördern – und nicht dort einspringen, wo die öffentlichen Träger ihren Kulturetat zusammenstreichen.“ Dr. Britta Kaiser-Schuster von der Kulturstiftung der Länder veranschaulichte durch eine Zahl, wie unwahrscheinlich es ist, dass private oder wirtschaftsnahe Stiftungen die Rolle der öffentlichen Hand übernehmen könnten: Immerhin neunzig Prozent der gesamten Kulturförderung in der Bundesrepublik werden von Bundesländern und Kommunen getragen.

Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass gerade diese Fördertradition für ein flächendeckendes Kulturangebot im Land gesorgt habe. Doch sei die Kulturnation „in ihrer Heterogenität und Dichte“, so Goehler,

noch nie so gefährdet gewesen wie heute. „Es ist gut, dass es Förderspielraum für Innovatives gibt. Doch zunehmend sind Kulturinstitutionen gefährdet.“

Dass eine Verlagerung der Kulturförderung in die Hände von Stiftungen oder Mäzenen zu einer Ausdünnung des Angebotes führe, verdeutlichte Professor Pforte am Beispiel der USA: „Sicher gibt es dort herausragende Kultureinrichtungen, die mit fi-

dem Fusionskonzept, wie Britta Kaiser-Schuster bestätigte.

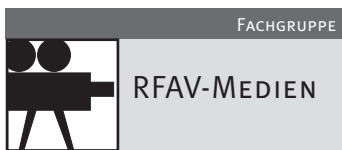
Nicht zuletzt sah der Weiss-Vorschlag vor, die Stiftung Kulturfonds – inklusive ihres Vermögens von rund 33 Millionen Euro – in die fusionierte Gesamtstiftung einzubringen. „Doch mittlerweile haben nach Sachsen auch Thüringen und Sachsen-Anhalt ihr Ausscheiden aus der Stiftung angekündigt“, so Professor Pforte. Damit gehe die Einrichtung, die aus dem früheren DDR-Kulturfonds hervorgegangen ist und nach der Wende mit Geld aus dem SED-Vermögen ausgestattet wurde, jetzt in Liquidation. Die ausscheidenden Bundesländer erhielten ihren Anteil am Stiftungsvermögen, gefährdeten aber so auch den Fortbestand von Ländern übergreifenden Einrichtungen wie dem Künstlerhaus Schloss Wiepersdorf, das kaum von Brandenburg allein finanziert werden könne, so Pforte.

Quintessenz: Die Politik solle die Kultur endlich ernst nehmen. Angesichts eines Anteils von rund zwei Prozent an den Gesamtetats könne es kaum noch um den weiteren Abbau von Fördermitteln gehen. **Gudrun Giese**

Politik muss Kultur endlich ernst nehmen

nanzialer Unterstützung Privater errichtet wurden. Doch es fehlt in der Breite an Angeboten.“

Konsens auch bei einem weiteren Thema: der geplanten Fusion der Kulturstiftungen der Länder sowie des Bundes. Das von Kulturstaaatsministerin Christina Weiss im vergangenen Jahr vorgelegte Konzept zur Verschmelzung der beiden Stiftungen sei am Widerstand Bayerns gescheitert, so Hortensia Völckers. Die Verantwortlichen beider Stiftungen hingegen stünden hinter



Die erste Verhandlungsrunde zwischen den Gewerkschaften ver.di und DJV auf der einen und der Geschäftsleitung des rbb auf der anderen Seite endete am 16. März ergebnislos. Nach fast einem Jahr ohne Anhebung der Gehälter und Honorare weigerten sich die rbb-Chefs, über eine rasche Erhöhung zu verhandeln. Der letzte Tarifvertrag wurde im Frühjahr 2003 gekündigt, seitdem existiert kein geltender Gehaltsvertrag mehr. ver.di-Fachsekretär Dietrich Peters: „Die Geschäftsleitung des Senders betreibt derzeit eine totale Blockadepolitik“.

Die Gewerkschaft ist beunruhigt: Generell weigere sich die Intendanz, über die Anpassung der

Leider ein Fehlstart

Auftakt der Tarifverhandlungen im rbb geplatzt

Tarife separat zu sprechen. Stattdessen wolle sie ein Paket schnüren: Tarifierhöhungen solle es nur geben, wenn gleichzeitig über Arbeitszeit, Dispositionsregelungen, leistungsbezogene Vergütungen und die Verschlechterung der Altersversorgung Einigung erzielt werde. In der Konsequenz würde dies auch in diesem Jahr eine Nullrunde für Feste und Freie bedeuten.

Zudem bestehe die Gefahr von Einschnitten in die derzeitigen Tarifgehälter, um nach Gutsherrenart Gehaltsbestandteile zu vergeben. Außerdem sollen die Beschäftigten mit mindestens 30 Millionen Euro aus der ihnen zugesagten Altersversorgung dazu

beitragen, die Finanzen des Senders zu sanieren. Angesichts dieser Vorstellungen schein es mehr als zweifelhaft, dass so ein starker rbb mit motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entstände.

Tarifklausur soll Aufschluss geben

Ende April wollen sich Vertreter von ver.di und der Belegschaft zu einer Tarifklausursitzung zusammensetzen. Mit dabei soll ein Spezialist für Arbeitszeitregelungen vom NDR sein. Er soll bei dieser Gelegenheit die verschiedenen Modelle vorstellen, die es

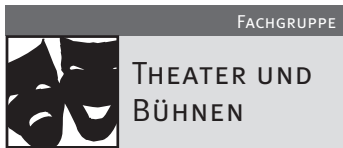
dort auch für freie Mitarbeiter gibt.

Voraussichtlich am 6. Mai werden die Gespräche mit der Geschäftsleitung fortgesetzt. ver.di will dabei auf der Linie bleiben, dass Debatten über die Altersversorgung nur auf ARD-Ebene geführt werden sollen, nachdem alle Rundfunkanstalten einen angemessenen Gehaltsabschluss getätigt haben. Jürgen Schäfer, einer der Sprecher von rbb-pro, sieht dazu bei der Geschäftsleitung wenig Bereitschaft: „Aus einem Rundschreiben der Intendantin und ihres Justizars ging hervor, dass sie weiterhin alles mit allem verknüpfen wollen.“ Nach Ansicht Schäfers sollten zunächst die Tarife der ehemals ORB-Beschäftigten konsequent an das Berliner Niveau angeglichen werden, bevor weiter über Tarifstrukturen geredet wird.

ucb

Das Leben der Dinge als Theater

Berliner Schaubude hat es in ihrer Einmaligkeit schwer in der Berliner Bühnenlandschaft



Im vergangenen Frühjahr war die Berliner Schaubude zu ihrem 10. Geburtstag in aller Munde und in den Blättern: Das internationale Objekttheaterfestival „Theater der Dinge“ entfaltete Glanz, man sprach von nie Gesehenem auf der Bühne. Ein Jahr danach hat die traditionell seit Jahrzehnten als Puppentheater am S-Bahnhof Greifswalder Straße bekannte kleine Spielstätte mit noch kleinerem Etat wieder um Fortbestand zu kämpfen. Dabei darf sie mit ihren Figurenstücken für Kinder und Erwachsene, im Zusammenspiel von Objekten, Materialien, Puppen und Menschen auf der Bühne als ein deutsches Unikat gelten.

„Théâtre d'objet“, die Gegenstände fließen in die Spielhandlung ein, fordern die Phantasie der Zuschauer heraus. Das „Theater der Dinge“ knüpft an eine vor einem Vierteljahrhundert kreierte Richtung des französischen Puppen- und Figurentheaters an. „Die Dinge haben eine Biografie, so wie die Spieler eine haben, und die verändern sich gegenseitig,“ erklärt Silvia Brendenal, die künstlerische Leiterin der Schaubude. Diese kreative Art des Theaterspiels öffne ein neues Universum, um Geschichten zu erzählen.

Eine für Erwachsene zum Beispiel, ein Gastspiel aus Magdeburg: Aus einer Kiste heraus erzählt ein Schauspieler die Geschichte seines Freundes Novecento, der ein Leben lang den Ozeandampfer, auf dem er als Findelkind aufwuchs, nicht verlassen hat. Dem Pianisten reichten die Tasten des Klaviers und die Passagiere, um sich täglich die Welt neu zu erschaffen. Die Kiste wird ins Spiel als Heimstatt, Schiff, Klavier, Welt im Kleinen und Großen einbezogen. Oder ein Diplomprojekt der Hochschule für Schauspielkunst Berlin „Ernst Busch“: Wie war das, als die Welt angefangen hat? Hing nur ein Faden aus dem Himmel auf die leere Bühne, um wenig-

stens – klick – das Licht anmachen zu können. Aber wenn noch niemand da war? Von drei jungen Frauen weiß jede einen Anfang. Auf Koreanisch, Afrikaans und Deutsch erzählen sie von ihrer Herkunft. Jede folgt einer Spur. Was kann sie zusammenführen? Ein Schnürsenkel?

Oder eine halbstündige Geschichte für Kinder ab 2 Jahren: Bin ich schon groß oder bin ich noch klein? Ein Wort, ein Tanz, ein bbb, ein Klang in poetischen Bildern. Gerade mit den ganz Kleinen hat Silvia Brendenal faszinierende Erfahrungen gemacht. Bei einer Inszenierung aus Frankreich, bei der alle um eine sich drehende Pyramide mit auf Keksen applizierten Familienfotos saßen, begriffen schon unter Zweijährige sehr wohl, dass sie einen Lebensbaum vor sich hatten, während die Erwachsenen eher Unverständnis äußerten. „Kinder

haben noch ein archaisches Grundwissen“, meint Silvia Brendenal, die nach diesem Experiment „von den Socken war“. Prinzipien französischer frühkindlicher Erziehung und eines Theaters, das bereits die Aller kleinsten

„Die Dinge sehen dich an und fordern auf, dich zu verändern“

Rainer Maria Rilke

erst nimmt, will die Schaubudenchefin auch auf ihrer Bühne sehen. Kindertümelnde Stücke und deren „gebaltete Infantilität“ lehnt die ausgebildete Dramaturgin ab, die inzwischen stolz auf einen anspruchsvollen, wöchentlich wechselnden Spielplan für Kinder blicken kann.

„Leider“, so bedauert sie, „fehlen uns mit einem Produkti-

onsetat von 25 000 Euro die Mittel für eigene Inszenierungen, nationale und internationale Koproduktionen. Wir sind auf das Existenzminimum heruntergekürzt und ein Beispieltheater geworden.“ An der kulturpolitischen Aufgabe, die Entwicklung des Figuren- und Objekttheaters zu fördern, geht solcherart hauptstädtischer Finanzpolitik vorbei. Was nicht heißt, dass das zur Berliner Kulturveranstaltungs GmbH gehörende, mit dem französischen Kulturinstitut und der Botschaft zusammenarbeitende Haus nicht auf Qualität setzt. Silvia Brendenal ist ständig auf der Suche nach interessanten Aufführungen – gerade ist sie von einem Symposium am Rande von Paris zurück – und wirbt zusätzliche Mittel ein. Derzeit hat sie Gelder bei der Bundeskulturstiftung für ein Festival Anfang Oktober beantragt, bei dem sich junges Puppen-, Figuren- und Kabinettheater begegnen soll. Seit ihrem Schubudenstart 1997 ist es ihre Idee, mit Projektmitteln auch ein Repertoire zu schaffen, Gruppen zu fördern, Premieren zu veranstalten. „Das ist leider nur sehr reduziert möglich.“

Wenn das kleine Schaubuden-team im vergangenen Jahr nach dem viel beachteten Mai-Festival geglaubt hatte, den Durchbruch geschafft zu haben, musste es sich eines Besseren belehren lassen. „Das spielt keine Rolle mehr, wir versuchen nach wie vor, unsere Existenz zu behaupten“. Vor allem das Erwachsenenrepertoire wird schwer angenommen. Zwar stieg die Auslastung innerhalb der letzten sieben Jahre von 12 auf jetzt gut 60 Prozent, doch offenbar wird Puppenbühne nicht selten noch mit Kindertheater gleichgesetzt. Glücklicherweise gibt es gut besuchte Vorstellungen wie „Novecento“ am ersten Aprilsonntag. Deshalb verfolgt das Haus unbeirrt sein künstlerisches Konzept, Erwachsene für den Diskurs des „Schauspielers aus Fleisch und Blut mit dem aus Holz und Pappmaché und den sie umgebenden Dingen“ zu begeistern. Ideen dafür hat die künstlerische Leiterin genug. **Bettina Erdmann**

Kartenreservierung und Infos: ticket@schaubude-berlin.de, Tel. 030/ 423 43 14.

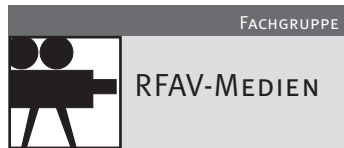
Mit Pop und Propaganda

Workshop zu den ostdeutschen Wurzeln des Deutschlandfunks

Zu erwarten war es eigentlich nicht, dass der Rundfunk der DDR zwölf Jahre nach seinem Ende noch einmal aus der Versenkung hervortreten würde, hätte nicht in diesen Tagen der Deutschlandfunk sein erfolgreiches zehnjähriges Bestehen feiern können. Weil nun seine Wurzeln bekanntlich nicht nur zum einstigen RIAS reichen, sondern auch zum DDR-Sender DS Kultur, war ein Rückblick auf die Hörfunkarbeit in der DDR durchaus sinnvoll. Volle zwei Tage von früh bis abends hatte man sich Ende März für einen Workshop zu diesem Thema Zeit genommen. Als Prämisse war im Tagungsmaterial zu lesen: „40

Ständiger Spagat abverlangt

Jahre lang sollten die Radiosender in der ehemaligen DDR ihre Hörer informieren, bilden und unterhalten. Diese grundlegenden Medienfunktionen konnten in der sozialistischen Diktatur jedoch nur auf ganz bestimmte Weise erfüllt werden. So wurde aus Information oft Propaganda, aus Bildung Erziehung und auch die Unterhaltung hatte unter den ideologisch-politischen Vorgaben zu leiden“. Es folgte der berechtigte Verweis auf die im Grundsatz beiderseits der Grenze gleichgearteten Publikumswünsche mit der Folge, dass „den Rundfunkmachern in der DDR



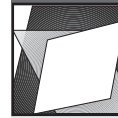
unter den Bedingungen des Systemkonflikts ein ständiger Spagat zwischen den ideologischen Postulaten und der Quotenkonkurrenz mit dem Westen abverlangt“ wurde. In fünf Sektionen unterteilt lauteten die Themen unter anderem: „Rundfunk in der sowjetischen Besatzungszone“, „Der ‚Berliner Rundfunk‘ im Berliner Sonderkonflikt“, „Der 17. Juni 1953 und die Folgen“, „Wirtschaftspropaganda in den 60er Jahren“.

Den etwa 100 Teilnehmern, darunter eine respektable Gruppe ehemaliger „Macher“ des DDR-Rundfunks, bot sich ein überwiegend niveaivolles, um objektive Sicht bemühtes Vortragsprogramm mit jeweils anschließender Diskussion. Schade, dass ausgerechnet das brisanteste Thema, zugleich Gelegenheit zu differenzierender Rückbetrachtung und Nutzenanwendung für das Heute, hoffnungslos daneben geriet. „Das Ende des DDR-Rundfunks unter strukturanalytischen und handlungstheoretischen Aspekten“. Was auch immer die Referentin sich in Bezug auf das von ihr zu untersuchende Ereignis vorgenommen haben mag, es geriet zur Farce. Dass Perestroika und Glasnost, die Fluchtbewegung aus der DDR und die De-

monstrationen des Herbstes '89 selbstredend auch in den DDR-Rundfunk hineingewirkt haben, war der Autorin keine Silbe wert. Stattdessen ihre „Erkenntnisse“ auf die pauschale Formel gebracht zu haben, im DDR-Rundfunk hielt man bis zum bitteren Ende an der Beschwörung des Systems fest, war ein höchst peinlicher Versuch, den Geist des Kalten Krieges aus der Mottenkiste hervorzuziehen. Mit wissenschaftlicher Analyse hatte das nichts zu tun, lautete das Fazit, das der Autorin von Heinz Odermann auf freundliche, aber auch bestimmte Weise mitgegeben wurde.

Auch das Zeitzugengespräch „Zwischen Politik und Publikum: Erfahrungen von DDR-Rundfunkjournalisten im Kalten Krieg“ blieb hinter den sich hier bietenden Möglichkeiten zurück. Renate Schönfelder vom Deutschlandfunk hätte als Moderatorin mehr zu den Prozessen im Denken hinsteuern müssen, nachdem die dramatischen persönlichen Erfahrungen, Degradierung und Rügen, gerade von Alfred Fleischhacker (Stimme der DDR, Jugendsendung „Hallo“) und Ernst Dornhof (Stimme der DDR, Kultur) in gebührender Weise besprochen waren. Die Ereignisse um die Ausbürgerung Biermanns, die Abwehr der Einmischung Margot Honeckers, der sich immer mehr zuspitzende Zwiespalt zwischen geforderter Erfolgsberichterstattung und erlebter Wirklichkeit, die Reihe ließe sich fortsetzen, hätten mehr

FACHGRUPPE

PAPIER-
VERARBEITUNG

Sozialplan für Esselte-Leitz

Für die verbliebenen 152 Beschäftigten des traditionsreichen Berliner Büromittelherstellers Esselte-Leitz wurde zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung am 22. März 2004 ein Sozialplan vereinbart. Über einen Interessenausgleich hatten sich die Parteien bereits vier Wochen zuvor geeinigt. Neben den üblichen Regelungen zur Abfindungszahlung wurde die Gründung einer Transfergesellschaft vorgesehen, die die Arbeitsmarktchancen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erheblich verbessern und ihre berufliche Wiedereingliederung fördern soll.

Die Abschlüsse waren notwendig geworden, nachdem die europäische Konzernleitung Ende November 2003 die Schließung ihrer Berliner Firma zum 30. Juni 2004 verkündet und mit einer „strategischen Entscheidung“ begründet hatte. Der Berliner Betrieb hatte bis zuletzt schwarze Zahlen erwirtschaftet und verzeichnete eine gute Auftragslage.

A. K.

Raum beanspruchen können. Dennoch war es gut, dass mit insgesamt unvoreingenommenem Bemühen um Aufarbeitung der DDR-Rundfunk als wichtiger Abschnitt deutscher Pressegeschichte ins Bild gerückt wurde.

Bernhard Kellner

Endlich mehr Geld für 2003 vereinbaren!

Berliner Buchverlage und Buchhandel zur Abstimmung aufgerufen



FACHGRUPPE

VERLAGE &
AGENTUREN

Die Tarifverhandlungen für die Buchverlage und den Buchhandel in Berlin wurden im Oktober des vergangenen Jahres für gescheitert erklärt. ver.di hatte zuvor eine Arbeitgeber-Forderung nach Erhöhung der Wochenarbeitszeit für alle Beschäftigten im Westteil abgelehnt. Seither zahlen zwei Verlage ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf freiwilliger

Basis eine Gehaltserhöhung von 1,4 Prozent.

Die gewerkschaftliche Tarifkommission will eine angemessene Erhöhung mit Rechtsanspruch für die Beschäftigten durchsetzen und nicht eine freiwillige Gabe der Arbeitgeber, die jederzeit widerrufbar ist. Dazu müssten die Tarifverhandlungen wieder aufgenommen werden. ver.di bittet

die Mitglieder der Fachgruppe um ein entsprechendes Mandat. Dazu wurde eine Mitgliederbefragung vorbereitet. Auf der Homepage www.verdi-verlage.de wurde eine Seite eingerichtet, auf der Meinungen erfragt werden und um Abstimmung gebeten wird. „Helfen Sie mit, ein Stimmungsbild herzustellen, das uns beauftragt, die Tarifverhandlungen

in Ihrem Interesse fortzuführen“, heißt es dort.

Die Befragung ist anonym, natürlich können auch Nicht-Gewerkschaftsmitglieder abstimmen. Mehrfachstimmen sind allerdings ausgeschlossen. Die Aktion ist bis zum 30. April befristet. Abstimmen kann man unter: www.verdi-verlage.de/umfrage/

Andreas Kühn

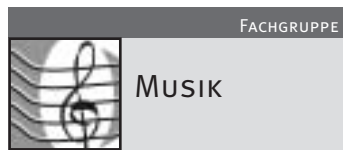
Weg zurück versperrt

Schulgesetz verpflichtet eindeutig zum Qualitätsmanagement

Gibt es so etwas überhaupt? Gute Nachrichten für die Musikschulen aus dem Abgeordnetenhaus? Es gibt sie, und es ist wichtig sich darüber zu informieren. Denn die Chancen, die das neue Schulgesetz eröffnet, müssen schnell genutzt werden.

Von entscheidender Bedeutung ist erstens, dass die Berliner Musikschulen im Schulgesetz überhaupt vorkommen. Hatte doch Finanzsenator Sarrazin nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes zur Verfassungswidrigkeit des Haushalts 2003 erklärt, nun dürften nur noch gesetzliche Aufgaben finanziert werden. Paragraph 104 des Schulgesetzes legt fest: „Jeder Bezirk unterhält eine Musikschule.“ Das schließt, so das Gesetz weiter, Zusammenlegungen der bezirklichen Musikschulen nicht aus. Künftigen Diskussionen über eine Änderung der Rechtsform (bis hin zu e.V.-Musikschulen oder privater Trägerschaft) ist die Zweckbestimmung vorgegeben: „Musikschulen sind Bildungs- und Kultureinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene; sie sichern den chancengleichen Zugang zum Musikunterricht und zur Musikkultur für jede Bürgerin und jeden Bürger.“

Zweitens bestimmt das Gesetz: „Musikschulen werden von mu-



sikpädagogischen Fachkräften geleitet, die über Managementfähigkeiten im Kultur- und Bildungsbereich verfügen sollen.“ Deutliche Abstufungen der beiden Bestimmungen: Management-erfahrungen „sollen“ vorliegen, die Qualifikation als musikalische Fachkraft ist ohne Wenn und Aber vorgeschrieben. Das macht es unmöglich, den Musikschulen künftig fachlich nicht ausgewiesenen Leiter vorzusetzen.

Drittens, und das ist die vielleicht zukunftsreichste Neuerung, werden die Musikschulen gesetzlich zum Qualitätsmanagement verpflichtet. In dreierlei Weise wird diese Bestimmung konkretisiert:

- Die Musikschulen müssen „geeignete Verfahren der Qualitätssicherung“ durchführen,
- sie müssen sich regelmäßig selbst evaluieren,
- sie müssen die „ständige Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherstellen“.

Hier eröffnen sich den Musikschulen viele Möglichkeiten, die künftige Entwicklung zu gestalten. Denn welches Verfahren der

Qualitätssicherung geeignet ist, bleibt zu prüfen. Es liegt nahe, zunächst an die in Zusammenarbeit mit dem VDM entwickelten Systeme EDUR und QfM zu denken. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Berliner Musikschulen wird diese Systeme in wenigen Wochen von Experten vorstellen lassen. Die Veranstaltung wird für alle Lehrerinnen und Lehrer offen sein.

In welcher Form die Selbstevaluation durchgeführt wird, bleibt ebenfalls noch offen. Sicher ist, dass nun auch die Berliner Musikschulen „output“-orientiert arbeiten werden. Das heißt, es genügt nicht sicherzustellen, dass durch

Selbsteinschätzung – keine leichte Aufgabe

Ausbildung der Lehrer und Ausstattung der Schule („input“) die geeigneten Arbeitsvoraussetzungen geschaffen wurden. Vielmehr geraten die Arbeitsergebnisse in das Blickfeld. Dabei steht die Schule vor der Aufgabe, die Kriterien zu benennen, nach denen sie ihre Arbeitsergebnisse bewertet wissen will. Keine leichte Aufgabe, denn die Musikschule verfolgt eine Fülle von Zielen nebeneinander, und es wird viel

EINLADUNG

Mitgliederversammlung der FG Musik

30. April 2004, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin, Beginn 9.00 Uhr: MS – Zukunft mit Qualitätsmanagement, wer bestimmt die Normen? Ganztagschule und Musikschule

Mühe kosten, sie zu definieren und damit für die Zukunft zu sichern.

Jedenfalls ist der Rückfall in die Zeiten versperrt, in denen die Westberliner Musikschulen reine Vermittlungsbetriebe waren. Den Schulen selber ist die Verpflichtung zur Qualitätssicherung übertragen worden. Das eröffnet große Chancen.

Und die Stufengliederung, was ist aus diesem jahrzehntealten Streitobjekt geworden? Das Gesetz hat eine salomonische Lösung gefunden. Es nennt sie und setzt sie damit voraus in der Formulierung „instrumentale und vokale Hauptfächer (Unter-, Mittel und Oberstufe)“. Damit ist eindeutig, dass die Musikschule in allen Stufen Unterrichtsangebote macht. Die Schulen sind aber nicht auf eine bestimmte Struktur verpflichtet, um die Erfüllung dieser Aufgabe sicherzustellen.

Fazit: Es gibt Arbeit. Und es lohnt sich für alle Musikschullehrerinnen und -lehrer, diese Arbeit anzugehen. **A.E.**

Ensemblemitglieder ohne Instrumental- oder Vokalunterrichtsvertrag sollen nach den neuen Entgeltvorschriften an den Berliner Musikschulen neuerdings ein monatliches Entgelt zahlen. Bei einer üblichen Wochenprobenzeit von 90 Minuten würde dieses zusätzliche Geld 20,52 Euro betragen.

Es ist zu befürchten, dass die Neuregelung zu massiven Austritten und damit zur Schließung etablierter Ensembles, Orchester, Opernstudios, Chören, Kammermusikvereinigungen, BigBands etc. führen würde und die von der Senatsverwaltung angestrebten Einnahmen nicht in erhofftem Umfang fließen würden. Dem Ausbildungsauftrag der Musikschulen in Berlin würde jedoch empfindlicher

Ensemblemitglieder zur Kasse gebeten

Steglitz-Zehlendorf will, dass der Senat Hausaufgaben macht

Schaden zugefügt. Ensembleunterricht an Musikschulen gewährleistet eine umfassende musikalische Ausbildung, Ensembles stellen sich in der Öffentlichkeit dar und gehören zur kulturellen Landschaft der einzelnen Bezirke.

Das hohe Niveau der Ensembles wird an vielen Musikschulen durch externe Mitglieder gewährleistet – zum großen Teil sind es ehemalige Musikschüler, die an der Bildungseinrichtung eine langjährige Ausbildung genossen haben und hier ihre erworbenen Fähigkeiten einbringen. Für Musik-

schüler in der Ausbildung, die in den Ensembles spielen, ist deren Mitwirkung eine pädagogisch wertvolle Unterstützung. Wenn die Musikschulen künftig für jedes einzustudierende Werk extra Verträge mit Externen abschließen müßten, würde das den Verwaltungsaufwand zu Lasten von Flexibilität, Kreativität und Engagement erhöhen.

In den Ensembles fänden solche Entgeltforderungen auch deshalb kein Verständnis, da sie und ihre Mitglieder seit jeher einen hohen Investitionsaufwand haben. Dazu

zählt der Kauf von Partituren, Wartung und Pflege eigener Instrumente, die in die Ensemblearbeit eingebracht werden, Kosten für Konzertreisen, zusätzliche Öffentlichkeitsarbeit etc.. Ensembleleiter müssen für bestimmte Werke und Aufführungen Musiker flexibel hinzuziehen können. Das würde durch die zusätzliche Kostenlast beträchtlich erschwert. Zudem sind die Formulierungen zur Entgeltpflicht nicht präzise genug. Den Interpreta-

Fortsetzung auf Seite 14

Geheimpapier birgt Stümperwerk

Geplante Kulturstiftung Cottbus sichert Leuchttürmen keine dauerhafte Stromzufuhr

Das Staatstheater Cottbus – ein leistungsfähiges Dreipartienhaus mit kreativem Ensemble in einem wunderschönen Jugendstilgebäude, mithin ein Leuchtturm in der brandenburgischen Kulturlandschaft – soll gemeinsam mit der städtischen Kunstsammlung in eine Brandenburgische Kulturstiftung Cottbus eingehen. Der Sinn der Zusammenlegung und des Trägerwechsels erschließt sich nur schwer, die vom Potsdamer Kulturministerium erarbeitete Kabinettsvorlage werde wie ein „Geheimdokument“ behandelt, kritisieren ver.di und Deutsche Orchestervereinigung. Das,



was trotzdem an Informationen durchgesickert sei, lasse Schlimmes befürchten. Den Beschäftigten soll zwar die Übernahme und der Fortbestand ihrer Arbeitsverträge zugesichert sein. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die angestrebte Rechtsformänderung den jetzigen Trägern – dem Land Brandenburg und der Stadt Cottbus – den Ausstieg aus der bisherigen Finanzierungsverpflichtung ermög-

lichen soll. Als „Stümperwerk mit ungedecktem Scheck“ hat der kulturpolitische Sprecher der PDS-Fraktion im brandenburgischen Landtag den Stiftungs-Gesetzesentwurf bezeichnet. Die Politik wolle ihr „Versagen auf Kosten der Beschäftigten reparieren“.

„Wenn der Spargedanke vorrangiger Grund für die Planungen ist, so sind Risiken und Nebenwirkungen vorhersehbar“, meint Sabine Schöneburg, zuständige Fachsekretärin im ver.di-Landesbezirk. „Im besten Falle werden Zuwendungen in der jetzigen Höhe festgeschrieben, zu erwartende Tarifsteigerungen der künftigen Jahre

und die Angleichung Ost/West müssen dann von den Einrichtungen selbst aufgebracht werden. Da drohen Lohnverzicht und Streichungen im künstlerischen Angebot.“ Die Stiftungsidee werde von den Gewerkschaften nicht grundsätzlich abgelehnt, doch der bisherige Gesetzesentwurf sichere nicht einmal den Betrieb eines Mehrspartentheaters als Stiftungszweck. „Wir fordern sofortige Gespräche mit Beschäftigtenvertretern, Offenheit und Transparenz“, so Schöneburg. Nur so sei der Fortbestand der kulturellen Hochburgen zu garantieren. **neh**

Fortsetzung von Seite 13

tionsspielraum könnten die Stadtbezirke je nach ihrer politischen Haltung zur Musikschule ausnutzen.

Nach erheblichem Widerspruch der Ensembles und der Lehrervertretung der Musikschule Steglitz-Zehlendorf kam die Problematik Ende Januar auf die Tagesordnungspunkt der Bezirksverordnetenversammlung. Die Lehrervertretung schlug nach Absprache mit Ensembleleitern und deren Mitgliedern vor, ein generelles Entgelt für externe Mitglieder von etwa 10 Euro festzulegen, was in allen Fraktionen positive Resonanz fand. Doch dazu musste es vorerst gar nicht kommen: Die BVV-Vorsitzenden aller Fraktionen beschlossen die Aussetzung der Entgeltspflicht für externe Ensemblemitglieder zunächst bis Sommer 2004 und wiesen die Ausführungsvorschriften an die Senatsverwaltung zur Überarbeitung zurück.

Da auch der Bezirksstadtrat für Bildung und Kultur, Erik Schrader, an einer einvernehmlichen Regelung interessiert ist, scheint die Ensemblemitgliedschaft in Steglitz-Zehlendorf gerettet zu sein. Protest und konstruktive Auseinandersetzung haben sich gelohnt. Beim Kampf um die Modifizierung der Familienmäßigung sehen die Erfolgsaussichten allerdings düster aus.

Pia Gazarek Offermann



Nachdem uns – wie dem Jarlon Verlag und ver.di – die „Berliner Zehn-Minuten-Geschichten“ soviel Freude bereitet haben, ohne daß sie nun der Bestseller des Jahres geworden wären, schwebt uns vor, das Experiment zu wiederholen. Dabei soll es diesmal ein festes Thema geben, das aber so diffus ist, dass man es nur schwer mit einem Wort benennen kann, am ehesten noch mit: Humor. In die gemeinte Schublade fallen: die „Grabbe-Elemente“ Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung

zung, Grotesken, literarische Sitcoms, Kabarett-Szenen, Kriminalkomödien, Szenen à la Glabrenner, Nonsense, Schnurren und alles andere, was uns schmunzeln läßt – es muß nur etwas mit Berlin und seiner näheren Umgebung zu tun haben. Die eingeschlagenen Pflöcke sind dieselben wie bei der ersten Anthologie:

- Nicht mehr als 5 DIN-A 4-Seiten oder etwa 10.000 Zeichen auf dem Computer.
- Wenn möglich „Originaltexte“, das Aufgewärmte soll die Ausnahme bleiben.
- Es sind nur Texte von Berliner und Brandenburger VS-Mitgliedern zugelassen.
- Die Rechte müssen frei sein.
- Herausgeber soll Horst Bosetzky werden.
- Die Endauswahl der vom Herausgeber vorgeschlagenen Texte liegt beim Verlag.

Geplant ist die Veröffentlichung für den März 2005.

Wir bitten die Texte zu senden an: ver.di, FB 8, VS Berlin, z. Hd. Anke Jonas, Köpenicker Straße 55, 10179 Berlin. Wer kann, möge bitte alles mailen: anke.jonas@verdi.de. Betreff: Anthologie. Einsendeschluss ist der 30. November 2004.

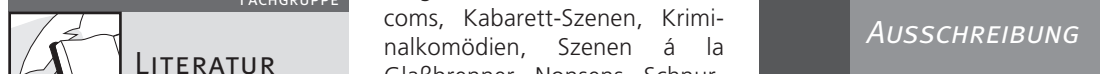


Unserer Kollegin

Lore Krüger

nachträglich zum 90. Geburtstag alles Gute,
vor allem Gesundheit, Glück
und Lebensfreude.

Der Vorstand des Berliner Verbandes deutscher Schriftsteller



Erstmals ver.di-Literaturpreis Berlin-Brandenburg

In diesem Jahr ist es nun soweit, der mit 5000 Euro dotierte ver.di-Literaturpreis Berlin-Brandenburg soll im Oktober 2004 erstmals verliehen werden. Genre: Belletristik. Einsendeschluss: 20. Juni 2004

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen ihren Hauptwohnsitz in Berlin oder Brandenburg haben. Die Jury trifft ihre Entscheidung auf der Grundlage eingesandter, während der vergangenen drei Jahre veröffentlichter, deutschsprachiger Bücher. Die Bücher können durch die Autoren selbst, durch ihre Verlage oder Dritte vorgeschlagen werden.

Die Exemplare werden nicht zurückgesandt. Einsendungen an: ver.di, Fachbereich 8/VS, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

SEMINAR

Rhetorik und Gewalt mit sprachlichen Mitteln

Die gängigsten Manipulationsstrategien bei Sabine Christianen? Kritik an Herrschaftsmethoden mit Symbolik und Metaphern. Interessenten am Thema Manipulation der Sprache sind herzlich eingeladen. Es werden rhetorische Techniken in verschiedenen Anwendungssituationen vorgestellt und unter Anleitung trainiert. **21. Mai, 18 Uhr bis 23. Mai (Mittag)**, ver.di-Tagungshaus Konradshöhe, 13505 Berlin, Stöberstraße. Anmeldung per Fax 030/86 31 19 02 oder e-mail: andreas.koehn@verdi.de, Post: ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, z. H. Andreas Köhn, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin.

LANDESBEZIRK

Mediengalerie: 19. Mai bis 25. Juni 2004: „El cartel tricontinental de solidaridad“ – Kubanische Solidaritätsplakate für drei Kontinente. Originaldrucke aus der Sammlung von Richard Frick, Zürich. **Eröffnung und Buchvorstellung am Dienstag, 18. Mai 04, 19 Uhr.** Die Ausstellung zeigt Originalplakate der 1996 in Havanna gegründeten Organisation der Solidarität mit Afrika, Asien und Lateinamerika (OSPAAAL). Diese Plakate dokumentieren ein Stück Geschichte des revolutionären Plakates, sie sind gleichzeitig eine Hommage an die unbekanntenen Kämpfer in den Befreiungsbewegungen und die Gestalterinnen und Gestalter. Zur Vernissage sind Richard Frick und Hans Kern von der Schweizer Mediengewerkschaft „comedia“ anwesend. Sie werden auch das Buch „El cartel tricontinental de solidaridad“ vorstellen. Medien Galerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin-Kreuzberg, Fax: 030/86 31-19 02.

MUSIK

Mitgliederversammlung der Fachgruppe am 30. April, 9.00 Uhr, ver.di-Haus Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin, zu den Themen: Zukunft mit Qualitätsmanagement, wer bestimmt die Normen? Ganztagschule und Musikschule.

Wir arbeiten nicht im Verborgenen! Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landes- und Bezirksfachgruppenvorstandes Berlin-Brandenburg eingeladen! Die Vorstände tagen von 9.00 bis 12.30 Uhr, Köpenicker Str. 55, Raum 5.21. Nächste Sitzung: 4. Juni.

LITERATUR

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19 Uhr, im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt oder am S-Bahnhof Savignyplatz.

JUGEND

Medienjugend: Treff jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr im Container des Gewerkschaftshauses, Köpenicker Str. 55.

FRAUEN

Der Frauenstammtisch des Fachbereiches 8 trifft sich an jedem letzten Donnerstag in ungeraden Monaten um 18 Uhr im „Casalot“, Claire-Waldoff-Str. 5 (Oranienburger Tor, U6). Nächster Termin: 27. Mai.

PAPIERVERARBEITUNG

Fachgruppenversammlung an jedem zweiten Dienstag im Monat um 16.30 Uhr im Gewerkschaftshaus Köpenicker Str. 55.

VERLAGE UND AGENTUREN

Stammtisch an jedem zweiten Donnerstag im Monat, 17 Uhr im Restaurant „Heidelbeere“, am Heidelberger Platz.

JOURNALISMUS

Bundesdeutsche Presseausweise: Neuausstellung oder Verlängerung montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.30 Uhr. (Tel: 0 30/ 86 31-24 20) Nachweise journalistischer Tätigkeit nicht vergessen!

Presseausweis der IOJ: Jeden zweiten Dienstag im Monat von 13 bis 15 Uhr in der Köpenicker Str. 55, Zi. 11.17 im Container. E-mail: ioj_deutschland@yahoo.de

Journalistenstammtisch: Jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Cafe „Stresemann“ (Empore), Stresemannstr. 90, gegenüber Anhalter Bahnhof.

RFAVMEDIEN

Internationale Artistentage 2004 vom 21. bis 23. Mai im Internationalen Artistenmuseum in Deutschland, in 16348 Klosterfelde; Informationen unter www.artistenmuseum.de oder Tel. 033396/ 272.

Berliner Kinostammtisch: Jeden 1. Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant „Götterspeise“ in der Neuköllner Oper, U-Bahnhof Karl-Marx-Str. (U7).

Stammtisch für Kleindarsteller: Jeden 1. Dienstag im Monat ab 18 Uhr am gleichen Ort.

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 in der Köpenicker Str. 55. Ulla Pingel (Tel. 621 24 50) und Olaf Zygalsky (Tel. 782 13 34) sind ehrenamtliche Sprecher.

KULTUR & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 finden alle drei Wochen statt. Rückmeldungen zur Teilnahme bitte an Georgia Weiland (Tel. 86 31-24 12). Nächste Termine: 10. Mai und 7. Juni.

CONNEXX.AV

Second-Tuesday-Stammtisch für freie und selbstständige Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film, AV-Produktion und Neuen Medien am 11. Mai und 8. Juni im „Oberbaumeck“ direkt am U-Bahnhof „Schlesisches Tor“ zu Themen rund um die „Freiheit der Selbstständigkeit“, Beginn jeweils 19 Uhr (siehe auch: www.connexx-av.de)

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volksolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

Seniorengruppe Funkhaus: Gerhart-Eisler-Kreis: „Brecht im Rundfunk“ am 2. Juni, 14.00

Uhr, Funkhaus Nalepastraße, Block A, Raum 505, mit Dr. Ingrid Pietrzynski, Deutsches Rundfunkarchiv Potsdam.

Dampferfahrt nach Woltersdorf am 16. Juni (Einzelheiten siehe Juni-Ausgabe Seniorenecho).

ANSEHEN!

„Stauffenberg – die Tragödie des 20. Juli 1944“ wird zu Pfingsten im Berliner Schillertheater uraufgeführt. Das Drama, für dessen Aufführung ver.di-Chef Frank Bsirske die Schirmherrschaft übernommen hat, wird von einem eigens gegründeten jungen Ensemble gestaltet. Es folgt eine Aufführungsserie an historisch bedeutsamen Schauplätzen, u.a. der „Topographie des Terrors“.

Informationen unter: www.stauffenberg-heute.de

Sprachrohr 3/04

erscheint am 21.6.2004
Redaktionsschluss am 24.5.04

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.
Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin. Tel: 030/86 31-0.
Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.
Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de
Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Am Friedrichshain 22, 10407 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Henke-Druck, Plauerer Straße 160, 13053 Berlin
Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin.

eBay: Big Brother beim Branchenprimus

Jeder duzt jeden, vom Praktikanten bis zum Chef, flache Hierarchien, ein offener und freundlicher Umgang – mit dieser Aura umgeben sich auch heute noch gern die Firmen der New Economy. Das Internetauktionshaus eBay ist da keine Ausnahme. Den Mitarbeitern steht das firmeneigene Fitness-Center offen, Mittagessen und Getränke werden vom Unternehmen gestellt. Doch wo die Offenheit aufhört, bestimmt die Chefetage gern autoritär.

Zwei eBay-Beschäftigte hatten sich in einem Artikel der „taz“ im vergangenen Jahr beklagt, dass sie ständig und bei jedem Handgriff überwacht werden. Die im Unternehmen auf allen Rechnern installierte Software „Activity Manager“ übernimmt nicht nur die Funktion einer Stechuhr, sondern protokolliert von der e-Mail bis zum kleinsten Telefonat den Arbeitstag der Beschäftigten. Die Namen der beiden Beschwerdeführer hatte die „taz“-Autorin geändert, um sie zu schützen. Und das war offenbar auch notwendig. Als Einzige namentlich genannt wurde in dem Artikel die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende – prompt bekam sie den Ärger der Führungsebene zu spüren. Dabei war der Inhalt der Textpassage, die sich auf sie bezog, nicht einmal besonders brisant: „Die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Gael Chardac weiß auch um andere Schwierigkeiten. Laut einer Umfrage sind 25 Prozent der Beschäftigten an einem Teilzeit-Modell interessiert. Dennoch verweigert die Geschäftsleitung bislang jede Reduzierung der Arbeitszeit.“ Zu den Vorwürfen der beiden anonymisierten Beschäftigten äußerte sie sich nicht. Dennoch geriet sie in

die Schusslinie ihrer Arbeitsgeber. „Die eBay-Geschäftsleitung versuchte die Kollegin nach §23 Betriebsverfassungsgesetz per Gerichtsentscheid aus dem Betriebsrat zu entfernen“, sagt Meike Jäger von connex.av, dem ver.di-Projekt für die Medienschaffenden in den Neuen Medien. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz hat der Arbeitgeber diese Möglichkeit, wenn ein Betriebsratsmitglied „grob“ seine Pflichten verletzt, die ihm per Gesetz, Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung übertragen wurden. Ob Äußerungen gegenüber Pressevertretern damit abgedeckt sind, sollte nun gerichtlich festgestellt werden. Ein bereits anberaumter Termin vom Landesarbeitsgericht in Potsdam wurde aber ausgesetzt. Ob die Parteien sich jetzt außergerichtlich einigen, ist noch unklar.

Aber auch in der eBay-Zentrale ist das Problem noch nicht gelöst. Die Geschäftsleitung wurde offenbar von der Medienresonanz auf die kritische Darstellung überrascht. Bisher konnten sie sich durch den Erfolg ihres Unterneh-

mens einer positiven Berichterstattung fast sicher sein. Und wie die Presse genüsslich feststellte, sind die beiden Beschäftigten, die von der „taz“ interviewt wurden, nicht die einzigen Unzufriedenen. Verärgerte eBay-Angestellte hatten per Internet eine Umfrage darüber gestartet, wie wohl sich der Einzelne im Unternehmen fühlt. Aus Angst um ihre Arbeitsplätze blieben sie anonym. Sie fragten ihre Kollegen nach deren persönlicher Einschätzung von

lassen, 62 Prozent fühlen sich durch den „Activity Manager“ stark kontrolliert, 62 Prozent befürchten, dass die Geschäftsleitung ihre Daten als Überwachungsinstrument missbraucht, 52 Prozent sind sehr unzufrieden mit ihrer Arbeitszeit, 75 Prozent würden gern selbst bestimmen, ob und wann sie Überstunden machen.

Meike Jäger von connex.av kann diese Umfrageergebnisse aus ihrem direkten Kontakt mit eBay-Beschäftigten nur bestätigen. Sie stellt sich auf die Seite der epay-Macher: „Wir finden ihre Initiative berechtigt, weil beispielsweise Leistungs- und Verhaltenskontrollen im Betrieb wirklich enorm sind. Und wer das konstruktiv kritisiert, sollte auf keinen Fall als Nestbeschmutzer angegrangert werden. Vielmehr bietet sich die Chance, die Arbeitsbedingungen im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Firmenphilosophie zu verbessern. Hierbei haben die Beschäftigten unsere volle Unterstützung.“

Silke Leuckfeld

Große Resonanz auf kritische Darstellung

Kontrolle/Überwachung, Zufriedenheit mit der Arbeitszeit, der Höhe des Gehalts und der Arbeitsatmosphäre. Inzwischen ist unter www.epay.tv die Auswertung der Umfrage zu lesen, 162 Beschäftigte haben sich beteiligt: 77 Prozent kritisierten die Kontrolle und Bewachung scharf, 65 Prozent glauben, dass sich manche Mitarbeiter von der starken Firmenkultur bei eBay manipulieren

ANZEIGE

**bleifrei Medien + Kommunikation • Prinzessinnenstr. 30 • 10969 Berlin,
Tel. 61 39 36-0 • info@bleifrei-berlin.de • www.bleifrei-berlin.de**



KULTUR Wir sind **versiert** in der Umsetzung komplexer gestalterischer, farb- und bildbetonter Anforderungen, wie sie Kunst- und Kulturinstitute stellen.



GEWERKSCHAFT Wir sind **engagiert** in der journalistischen Gestaltung von Gewerkschaftspublikationen.

SOZIALES Wir sind **kompetent und ideenreich** im Konzipieren zielgruppengerechter Printmedien.

